

Überblick

4/04

Schwerpunkt Migration und Integration

- ▶ Lebensrealitäten und Perspektiven von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland
- ▶ Viele Welten leben. Eine Untersuchung zu Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund
- ▶ Position des Landesjugendringes zur Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

IDA
NRW

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismuarbeit in Nordrhein-Westfalen
10. Jg., Nr. 4, Dezember 2004
ISSN 1611-9703

Inhalt**Schwerpunkt:****Migration und Integration**

- **Ohne Partizipation keine Zukunft!
Lebensrealitäten und Perspektiven
von Jugendlichen mit Migrations-
hintergrund in Deutschland**
Birgit Jagusch 3
- **Viele Welten leben. Eine Untersuchung
zu Mädchen und jungen Frauen mit
Migrationshintergrund**
Ursula Boos-Nünning & Yasemin Karakaşoğlu 9
- **Position des Landesjugendringes zur
Einbeziehung von Kindern und Jugend-
lichen mit Migrationshintergrund und
zur Kooperation mit Migrantengugend-
verbänden und Migrantenselbst-
organisationen**
LJR NRW 14
- Kommentar:**
- Gesellschaftlicher Friede – nur mit
den Muslimen, nicht gegen sie!** 18
- Zur Diskussion gestellt:**
- Für eine unterschiedliche Thematisierung
von Antisemitismus in Pädagogik und
Politik**
Michael Kohlstruck 21
- Literatur und Materialien** 23
- Nachrichten** 27
- Termine** 28

Impressum

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de www.IDA-NRW.de
Redaktion: Anne Broden
Der „Überblick“ und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V..
Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 1/2005: 1. 3. 2005.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
wir haben in den vergangenen Wochen viel zu den Themen ‚Parallelgesellschaft‘ und Integration gehört und kennen den bundesdeutschen Diskurs gut genug, um zu wissen, dass mit ‚Parallelgesellschaft‘ nicht die BewohnerInnen der Villenviertel von Hamburg und Düsseldorf gemeint sind. Einmal mehr werden derzeit MigrantInnen systematisch verdächtigt (der mangelnden Integrationsbereitschaft, des Demokratiedefizits ...) und kriminalisiert (... bis hin zum Terrorverdacht). Der Finger weist vor allem auf MigrantInnen islamischen Glaubens und oft genug wurde in den vergangenen Wochen der Kulturkampf beschworen.

Viele Konflikte und Kriege der vergangenen Jahrzehnte wurden als Kriege zwischen verschiedenen Kulturen wahrgenommen. So kämpften angeblich in Bosnien westlich orientierte KroatInnen gegen osmanisch (= vormodern) geprägte Bosniaken. Und in der Tat hatte dieser Krieg die Züge eines Krieges ‚der Stadt‘ gegen ‚das Land‘, aber in seinem Kern ging es in diesem Krieg nicht um kulturelle Differenzen, wohl aber um einen sich bahnbrechenden, irrationalen Nationalismus, um Fragen des Zugangs zu wirtschaftlichen Ressourcen und der Macht. Auch im Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland geht es nicht um einen Kulturkampf, sondern um die Frage der Anerkennung aller und der Gerechtigkeit für alle.

Es stimmt: Es gibt türkischstämmige Mädchen, die zwangsverheiratet werden. Aber es gibt eben auch in einheimischen Familien Verletzungen der Menschenwürde an Kindern und Frauen. Es fehlt uns für die Handhabung von Unrecht und Gewalt nicht an Regeln und Gesetzen. Verfassung, Gesetze und Strafverfolgungsinstanzen sind dafür zuständig. Die Pädagogik (in Jugendarbeit, Schule, Medien ...) muss hingegen verstärkt auf die stetig geringer werdende Bereitschaft reagieren, in einer zunehmend unübersichtlichen Welt ohne einfache Lösungen auszukommen, Ambivalenzen auszuhalten und Pauschalisierungen zu vermeiden. Differenzierung ist eine Tugend, die es immer wieder zu verteidigen gilt, auch wenn sie manchmal anstrengend ist. Wenn laut „Politbarometer“ des ZDF vom 26.11.2004 rund 80 % der Befragten der Meinung sind, MigrantInnen täten zu wenig für ihre Integration, dann wird deutlich, wie sehr die Debatte um Einwanderung und Integration gerade der Differenzierung bedarf.

Diese Ausgabe des „Überblick“ widmet sich aus verschiedenen Perspektiven dem Thema Migration und Integration und versucht, mit Argumenten und Analysen der differenzierten Diskussion den Weg zu bereiten.

Herzliche Grüße
Anne Broden

Schwerpunkt: Migration und Integration

Der aktuellen und nur schwer erträglichen Diskussion in Medien, Politik und an den Stammtischen zu den Themen Einwanderung, Integration, mangelnde Integrationsbereitschaft ... möchten wir mit dieser Schwerpunktsetzung entgegenwirken und diejenigen mit Argumenten und Analysen unterstützen, die das Engagement gegen populistische Verkürzungen im Einwanderungsdiskurs noch nicht aufgegeben haben:

*Birgit Jagusch beschreibt in ihrem Beitrag die Lebensrealitäten und Perspektiven von Migrant*innen und thematisiert vor allem die strukturellen Hürden und Ausgrenzungsmechanismen des Einwanderungslandes Bundesrepublik Deutschland, dessen Institutionen selbst nach 50 Jahren Arbeitsmigration bislang nicht verstanden haben, auf die ankommenden, hier lebenden und hier bleibenden Menschen adäquat zu reagieren.*

*Ursula Boos-Nünning und Yasemin Karakaşoğlu gehen in ihrer Studie auf das Freizeitverhalten von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund ein, beleuchten die Bedeutung von Freundschaften und analysieren den Beratungsbedarf dieser Gruppe. Interessant ist die Untersuchung nicht nur wegen des Zahlenmaterials, sondern vor allem, weil mit einigen gängigen Vorurteilen aufgeräumt wird und Perspektiven für die Arbeit mit jungen Migrant*innen benannt werden.*

*Der Landesjugendring NRW formuliert in seinem Positionspapier Bedingungen und Perspektiven der Integration und Kooperation mit Migrant*innen, ihren Verbänden und Selbstorganisationen. Mögliche Ansätze konkreter Zusammenarbeit sowie Herausforderungen für die Jugendverbände werden benannt und politische Forderungen wie der Abbau von Bildungsbenachteiligungen oder die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingskindern werden formuliert.*

Ohne Partizipation keine Zukunft! Lebensrealitäten und Perspektiven von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Birgit Jagusch

Die Statistiken zeigen, was im Bewusstsein noch nicht angekommen ist

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wenn gleich sich Einwanderung nach Deutschland nicht mit den Dimensionen von klassischen Einwanderungsländern wie den USA vergleichen lässt, gab es doch immer schon Wanderungsbewegungen nach und von Deutschland, wie beispielsweise die

der polnischen ArbeitsmigrantInnen im 19. Jahrhundert. Gleichwohl war diese statistische Feststellung (zu) lange kein gesellschaftlicher, juristischer, ökonomischer und politischer Konsens. Die lange Zeitspanne, bis die politisch Verantwortlichen der Tatsache, dass die bundesrepublikanische Gesellschaft insbesondere seit den 1950er Jahren durch Migration geprägt wurde, mit einem Gesetz Rechnung trugen, zeugt davon. Die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 und die Entstehung des Zuwanderungsgesetzes, die langwierigen und kontroversen Debatten um dieses erst kürzlich beschlossene Gesetz, zeigen deutlich, wie schwer man sich nach wie vor damit tut, anzuerkennen, dass sich die Gesellschaft nachhaltig durch Einwanderung verändert hat und Migrantinnen und Migranten kein temporärer, sondern ein elementarer und dauerhafter Bestandteil dieser Gesellschaft geworden sind. Doch diese Anerkennung korrespondiert nicht mit einer pluralen, partizipativen Lebensrealität von Migrantinnen und Migranten, die in vielen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereichen noch immer marginalisiert werden. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund sind von wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Sphären, wie dem qualifizierten Zugang zu (Aus-)Bildung, fairer Partizipation in gesellschaftlichen Kontexten oder Miteinbeziehung in Entscheidungsprozesse, ausgeschlossen. Nicht das Für und Wider von Migration darf heute noch erörtert werden, sondern es muss in allen Bereichen¹ dafür gesorgt werden, dass sich das Ungleichgewicht zugunsten der Menschen mit Migrationshintergrund ausgleicht und Menschen mit Migrationshintergrund in allen sozioökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen gerechte Chancen zu einer gerechten und gleichberechtigten Partizipation bekommen.

Derzeit wird die Diskussion zumeist auf diejenigen Menschen fokussiert, die seit den 1950er Jahren im Rahmen der (Arbeits)migration nach Deutschland einwanderten, auf die Aussiedlerinnen und Aussiedler, die verstärkt seit den 1990er Jahren nach Deutschland migrierten, auf Flüchtlinge und auf deren jeweilige Nachfolgenerationen. Schon diese kurze Aufzählung der verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zeigt, dass es problematisch und simplifizierend ist, pauschal über Migrantinnen und Migranten zu sprechen, zu heterogen sind die Menschen, die sich hinter den jeweiligen Kategorien verbergen. Unterschiedlichen Formen der Differenzierung - wie beispielsweise individuelle,

¹ Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund kann nach wie vor in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen wie dem Arbeitsmarkt, der Justiz, fehlender politischer und gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten und der Pädagogik festgestellt werden.

politische und juristische² - machen es schwer, Aussagen darüber zu treffen, wie hoch der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Gesellschaft ist. Im Gegensatz zu der heute weitgehend akzeptierten Definition, dass Menschen, die selber, deren Eltern oder Großeltern eingewandert sind, als Migrantinnen und Migranten gelten, erfassen statistische Aussagen meist nur diejenigen Menschen, die zum Zeitpunkt der entsprechenden Erhebung keinen deutschen Pass besitzen. Ausiedlerinnen und Aussiedler und Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, werden in diesen Erhebungen also nicht berücksichtigt. Manche Untersuchungen fassen den Begriff weiter und differenzieren zwischen denjenigen, welche den deutschen Pass schon bei der Geburt besaßen und denen, die ihn erst später erhalten haben. Gleichzeitig ist die statistische Erfassung von Menschen mit Migrationshintergrund janusköpfig: Sie beinhaltet immer auch die Gefahr, dass Menschen, die ein Bestandteil dieser Gesellschaft geworden sind, durch die gesonderte Berücksichtigung immer wieder als ‚Andere‘, als Nicht-Dazugehörende konstruiert werden. Trotz dieser Unschärfe und immanenten Ausschließungsmechanismen können soziologische und (bevölkerungs)statistische Angaben Indikatoren sein, wie sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem Einwanderungsland entwickelt hat, welche Ausgrenzungsmechanismen nach wie vor wirkungsmächtig sind und wo Handlungspotenziale verortet werden müssten.

Im Jahr 2002 betrug der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen an der Gesamtbevölkerung Deutschlands 8,9 %, ³ in Baden-Württemberg beispielsweise sind es 12,2 %, in Hessen 11,6 %, in Berlin 13,0 %.⁴ Der Wissenschaftler Rainer Münz geht in einer Studie davon aus, dass im Jahr 2030 in einigen westdeutschen Großstädten mehr als 30 % Ausländer und Ausländerinnen leben werden.⁵ Bezüglich der Situation von Jugendlichen ist festzuhalten, dass laut einer Statistik aus 2002 ca. 86,9 % der Kinder mit Migrationshintergrund unter sechs Jahren und 60,2 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren in Deutschland geboren sind und dementsprechend ihren Lebensmittelpunkt hier haben.⁶ In vielen Großstädten Westdeutschlands haben schon jetzt

mehr als 40 % der Kinder- und Jugendlichen einen Migrationshintergrund.⁷ Im Zuge der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 2000 geht die Zahl der hier geborenen ausländischen Kinder tendenziell leicht zurück, was auf eine erhöhte Rate der Einbürgerungen zurückzuführen ist. In Baden-Württemberg beispielsweise waren von den rund 28.000 Ausländern und Ausländerinnen, die im Jahr 2001 die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, mehr als ein Drittel jünger als 18 Jahre.⁸ Auch unter den Neuzuwanderern und Zuwanderinnen dominieren die Jugendlichen. Im Jahr 2002 waren fast 40 % aller neu zugewanderten Menschen jünger als 25 Jahre.⁹ Jugendliche mit Migrationshintergrund sind also schon jetzt ein wesentliches Element dieser Gesellschaft und werden auch zukünftig die Entwicklung der Bundesrepublik in pluraler Weise prägen.

Das große Einmaleins bildungspolitischer Gerechtigkeit: Partizipation statt Exklusion im (Aus)Bildungsbereich

Genauso real wie diese statistischen Zahlen ist aber auch die Tatsache, dass die qualitative Beteiligung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Gesellschaft diese demographische Repräsentanz nicht widerspiegelt. Jugendliche Migrantinnen und Migranten müssen in vielen Bereichen des alltäglichen öffentlichen und privaten Lebens Diskriminierungserfahrungen erleben, bekommen keine gerechten Partizipationschancen eingeräumt und werden - wie es jüngst beispielsweise die IGLU-Studie über Grundschülerinnen und Grundschüler zeigte - im Schulsystem deutlich benachteiligt. Dies spiegelt sich laut dieser Studie exemplarisch an der eklatanten Disparität der Empfehlungschancen zum Besuch des Gymnasiums zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund wider. Im Bundesdurchschnitt beispielsweise liegt die Wahrscheinlichkeit für ein Kind ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu einem Kind mit Migrationshintergrund, von den Lehrerinnen und Lehrern für das Gymnasium empfohlen zu werden, 2,63 mal höher.¹⁰

Das Gutachten von Ingrid Gogolin et. al. aus dem Jahr 2003 zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund im Schulsystem kommt zu der Erkenntnis, dass im Vergleich der letzten Jahre die Bildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an weiterführenden Schu-

² Die juristische Differenzierung spiegelt sich u. a. an den unterschiedlichen arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen für die jeweiligen ZuwanderInnengruppen wider.

³ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) 2004, S. 86.

⁴ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2001,

<http://www.integrationsbeauftragte.de/download/datentab12.pdf>. Dabei beziehen sich die Angaben immer prozentual zur jeweiligen GesamteinwohnerInnenzahl.

⁵ Vgl. Münz/Seifert/Ulrich 1999, S. 177.

⁶ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.) 2002, S. 392.

⁷ Vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004, S. 142. Der Artikel findet sich auch in dieser Ausgabe des „Überblick“, S. 9 - 14.

⁸ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.) 2002, S. 3.

⁹ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.) 2004, S. 19.

¹⁰ Vgl. Bos u. a. 2004, S. 27f.

len trotz diverser Anstrengungen und trotz diverser Richtlinien und Empfehlungen sinkt.¹¹

Die Diskriminierung im Bildungssystem spiegelt sich auch im Alltag der Jugendlichen wider. Eine Untersuchung über die Lebenssituation junger Menschen in Deutschland, die auch explizit Jugendliche mit Migrationshintergrund berücksichtigt,¹² kommt zu dem Ergebnis, dass Schule/Studium, Ausbildung sowie finanzielle Probleme/Arbeitslosigkeit die höchste Problempriorität bei den Jugendlichen haben. Auch in Hinblick auf die schulische Ausbildung korrespondiert diese Umfrage mit anderen, die alle zu dem Ergebnis kommen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert, in weiterführenden Schulen, insbesondere dem Gymnasium, unterrepräsentiert sind.¹³ Insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg ist der Anteil der Kinder- und Jugendlichen in Gymnasien und Realschulen überproportional niedrig und gleichzeitig an Haupt- und Sonderschulen überproportional hoch.¹⁴ Noch immer schließen mehr als 40% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ihre schulische Laufbahn höchstens mit einem Hauptschulabschluss ab.¹⁵ Gleichzeitig verlassen überproportional viele ausländische Jugendliche¹⁶ die Schule ohne einen zertifizierten Schulabschluss.¹⁷ Ein wesentlicher Faktor, der dazu führt, dass der Anteil jugendlicher Migrantinnen und Migranten in Haupt- und Sonderschulen nicht sinkt, liegt sicherlich auch daran, dass aufgrund von Sprachdefiziten Kinder

von der Einschulung zurückgestellt werden. Häufig werden mangelnde Deutschkenntnisse als generelle Lernschwierigkeiten klassifiziert. Dies führt dazu, dass wegen der Prämisse der Altershomogenität Sonderschulverfahren eingeleitet werden und den Kindern der Zugang zu allgemeinen Grundschulen verwehrt wird. Viele Ursachen, die zu diesem Ungleichgewicht beitragen, sind zwar schon identifiziert und auch mögliche Lösungsalternativen entwickelt, noch mangelt es allerdings an der Umsetzung adäquater Handlungsansätze, um dazu beizutragen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund auch tatsächlich die gleichen Chancen im deutschen Bildungssystem erhalten.

Die ungelösten Probleme in der schulischen Ausbildung spiegeln sich anschließend in der Berufsausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wider. Ihnen gelingt es in geringerem Maße als den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, einen Ausbildungsplatz zu finden, so dass im Jahr 2000 beispielsweise 37,7 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zwischen 20 und 29 Jahren ohne anerkannten Berufsabschluss blieben (und nur 10,3 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund). Eine andere Untersuchung macht deutlich, dass insbesondere weibliche Jugendliche von dem fehlenden Abschluss betroffen sind (33,7% der männlichen und 42,0 % der weiblichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund).¹⁸ Die Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz bekommen, finden diesen überproportional häufig in Sektoren, die durch geringe Verdienst- und Aufstiegschancen sowie ungünstige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind.¹⁹ Das Bundesinstitut für Berufsbildung kommt in einer Untersuchung aus dem Jahr 2003 zu folgendem Ergebnis:

„Jugendliche ausländischer Herkunft haben am ehesten in den Ausbildungsberufen eine Chance, die für junge Deutsche nicht so attraktiv sind. (...) Besonders alarmierend ist die Situation im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Dienst.“²⁰
Auch die Arbeitslosenquoten belegen, dass Ausländer und Ausländerinnen überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen sind.²¹ Nach wie vor gelingt es also weder dem Schulsystem in

¹¹ Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hg.) 2003, S. 4 f.

¹² Vgl. ipos Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Hg.) 2003. In dieser Studie wurden Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren befragt. Erstmals berücksichtigt die Studie explizit auch Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dabei werden nicht nur Jugendliche ohne deutschen Pass befragt, sondern auch Jugendliche, die den deutschen Pass nicht bei ihrer Geburt besaßen. Wenngleich die Studie einen gesamtdeutschen Überblick verschaffen will, bezieht sie nur Jugendliche mit Migrationshintergrund aus Westdeutschland ein, da die Anzahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland zu gering erscheint. Dementsprechend basieren die Vergleichszahlen im Folgenden zwischen den Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund immer auf den befragten Jugendlichen in Westdeutschland.

¹³ Vgl. ipos 2003, S. 133. 28% der Befragten mit Migrationshintergrund nennen bei der Frage nach dem Schulabschluss bzw. dem angestrebten Bildungsziel den Hauptschulabschluss (im Durchschnitt aller Befragten West sind es nur 15%), die Mittlere Reife wird von 36 % (Alle West: 33 %) genannt, nur 14 % nennen das Gymnasium (Alle West: 21 %) bzw. 22 % (Alle West: 31 %) besitzen das Abitur.

¹⁴ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.) 2002, S. 181.

¹⁵ Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2003, S. 6.

¹⁶ Aufgrund der statistischen Daten wurden hier nur diejenigen Jugendlichen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, berücksichtigt, doch ist nicht davon auszugehen, dass sich die Statistik stark verändern würde, wenn alle Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfasst würden.

¹⁷ Vgl. Klemm 2004, S. 209.

¹⁸ Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2003, S. 7.

¹⁹ Vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2003, S. 8.

²⁰ Granato 2003, S. 34.

²¹ Im Juni 2002 waren insgesamt in Deutschland 10,5 % Menschen arbeitslos, darunter 18,4 % Ausländer und Ausländerinnen. In Baden-Württemberg waren insgesamt 5,7 % arbeitslos, darunter 11,9 % Ausländer und Ausländerinnen. Diese Statistik erfasst nur diejenigen Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Zahlen wären vermutlich noch höher, wenn auch Menschen mit Migrationshintergrund aber mit deutschem Pass einbezogen würden. Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2002, S. 4.

Deutschland, Jugendliche mit Migrationshintergrund ausreichend zu qualifizieren und Hürden abzubauen, die einer Bildungsbeteiligung im Wege stehen, noch dem Arbeitsmarkt, den Jugendlichen adäquate Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig macht eine Umfrage unter Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund deutlich, dass deren Erwartung an Einrichtungen, die Beratungen in Fragen der Schule, Ausbildung oder Beruf anbieten, relativ gering sind, obwohl sie häufig genutzt werden.²² Vielleicht hängt dies damit zusammen, dass die Mädchen und jungen Frauen bei bisherigen Terminen mit Behörden oder öffentlichen Einrichtungen Erfahrungen der Zurückweisung und Diskriminierung gemacht haben und dementsprechend häufig auch für zukünftige Beratungen einen kultursensiblen Umgang wünschen.²³ Zukünftig müssen deshalb gezielte und effektive Wege gefunden und umgesetzt werden, damit Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht länger unter prekären sozialen, bildungspolitischen und ökonomischen Verhältnissen leben müssen.

HipHop, Folklore, Internet-Chat, Kino oder Fußball? Entweder oder, oder alles parallel? Freizeitverhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Die Geburt und der lange Aufenthalt in Deutschland haben zur Folge, dass der überwiegende Teil der jugendlichen Migrantinnen und Migranten den dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland sieht und auch - im Gegensatz noch zu der Elterngeneration - kein Interesse an einer Rückkehr in das Heimatland der Eltern verspürt. In einer Untersuchung von Alois Weidacher aus dem Jahr 1999 unter Jugendlichen mit türkischem, griechischem oder italienischem Migrationshintergrund äußerten rund 60 %, dass sie auch zukünftig in Deutschland leben und nicht in das Heimatland ihrer Eltern zurückkehren wollen.²⁴ Deutschland ist also de facto die Heimat der Jugendlichen geworden. Dies zeigt sich auch daran, dass die Umgangs- und Verkehrssprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, auch in innerethnischen Beziehungen und Freundschaften, mittlerweile überwiegend Deutsch ist.²⁵ In Bezug auf Musik, Kleidung etc. gibt es Konformitätsbewegungen. Dabei handelt es sich aber nicht um einen Assimilationsprozess, d. h. jugendliche Migrantinnen und Migranten übernehmen nicht unreflektiert die Kultur der Mehrheitsgesellschaft, es findet vielmehr eine Konvergenzbewegung statt. Kulturelle Muster im Alltag und der Freizeit zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund nähern sich an. Die zahlreichen ju-

gendlichen Subkulturen reflektieren die multikulturelle Zusammensetzung der Kinder- und Jugendlichen in Deutschland und deren spezifische Interessensgebiete. Wie viele Facetten die Identität Jugendlicher mit Migrationshintergrund aufweist, mögen die folgenden zwei Zitate verdeutlichen, die exemplarisch zeigen, wie weit das Klischee des männlichen dominanten Machos und des unterwürfigen, nur an Familie und Hausarbeit interessierten Mädchens, von den Realitäten entfernt sein kann:

„Den Hausputz kann man ja auch gemeinsam machen, den ganzen Kram untereinander aufteilen. Ich mache das schon jetzt. Ich räume zum Beispiel gern mein Zimmer auf. Exotisch, nicht wahr?“ (Giovanni, 17 Jahre)²⁶

„Viele wollen irgendwie ‚anders‘ sein. Wenn man es so betrachtet: ‚Anders‘ als ich geht ja kaum. Ich liebe Frauen, ich sehe chinesisch aus, ich fühle mich wie ein Alien, das aus Versehen in der falschen Familie gelandet ist. Das ist nicht witzig. ‚Made in Germany‘, aber ‚Born in Taiwan‘.“ (Lina, 20 Jahre)²⁷

Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund, die in der Musikbranche, in Sport oder in Film und Fernsehen erfolgreich sind, werden zu Identifikationsfiguren und setzen im jugendkulturellen Bereich - sowohl bei Jugendlichen mit als auch ohne Migrationshintergrund - Trends.²⁸ Gleichzeitig gibt es aber auch Entwicklungen, die als „Selbstethnisierungen“ bezeichnet werden, worunter eine verstärkte Identifikation mit der Herkunftskultur zu verstehen ist. Die Mitgliedschaft in herkunftskulturell geprägten Vereinen, die nach wie vor partiell vorhandene Tendenz zur Ablehnung einer Partnerschaft mit einem/r mehrheitsdeutschen Partner/in oder die Tatsache, dass Jugendliche ihre Freizeit größtenteils mit Jugendlichen verbringen, die den gleichen Migrationshintergrund besitzen,²⁹ deuten auf eine intensiviertere Herkunftsorientierung hin. Allerdings muss in diesem Kontext betont werden, dass sich beide Formen der jugendkulturellen Sozialisation nicht ausschließen und bei einer Person koexistieren können. Zudem muss im Zusammenhang mit dem oft als Indiz von Desintegration interpretierten Verhalten der Selbstethnisierung auch berücksichtigt werden, dass eine Hinwendung zur - vermeintlich - eigenen Gruppe, immer auch eine Reaktion auf persönliche Diskriminierungserfahrungen sein kann, ein Rückzug, um weiteren Ausgrenzungen durch die Mehrheitsgesellschaft zu entgehen.

²² Panier 2004, S. 111.

²⁷ Ebda., S. 120.

²⁸ Gerade in der Musikszene gibt es in den verschiedenen Genres derzeit eine Reihe von sehr erfolgreichen Künstlerinnen und Künstler, wie z. B. die multikulturell besetzte Gruppe Bro'sis, verschiedene Hip Hop Gruppen, Sänger wie Xavier Naidoo oder die Band Overground.

²⁹ Vgl. Weidacher 2000, S. 112 – 118.

²² Vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004, S. 146.

²³ Vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004, S. 147.

²⁴ Vgl. Weidacher, Alois: (Hg.) 2000, S. 68 ff.

²⁵ Vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004, S. 144.

Gleichermaßen kann die Identifikation und Beschäftigung mit dem Herkunftsland auch ein Indiz für eine hybride Identität sein, welche die Form von Lebensgestaltung darstellt, die weder ihre oder seine möglichen kulturellen Ursprünge noch die ihrer oder seiner Umwelt verneint, sondern gerade durch die Vermischung verschiedener kultureller Bezüge eine eigene Identität herausbildet. Somit ist eine hybride Identität ein Zeichen gerade für Integration, die es ihm oder ihr ermöglicht, sich souverän und substantiell in verschiedenen (trans)kulturellen Kontexten bewegen zu können.³⁰

In Bezug auf Kinder- und Jugendhilfe ist von Interesse, welches Freizeitverhalten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben. Gibt es Differenzen zu gleichaltrigen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund und welche Interessen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund, die bislang vielleicht in der Jugendarbeit nicht adäquat berücksichtigt werden?

Die ipos-Studie liefert einen Vergleich der Freizeitgestaltung zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.³¹ Dabei gibt es bei den befragten Jugendlichen leichte Unterschiede in der Präferenz der Aktivitäten: Bei neun zur Auswahl stehenden Items rangiert "Freunde treffen" bei allen befragten Jugendlichen auf Platz eins. Die darauf folgenden Items variieren jedoch in ihrer Rangfolge. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund sind "Musik hören/lesen", "Sport", "Kino" die folgenden drei wichtigsten Freizeitbeschäftigungen, "Disco", "Kneipenbesuche" und "Theater" sind kaum von Interesse. Demgegenüber messen "deutsche" Jugendliche dem Sport eine leicht höhere Bedeutung bei³² und besuchen wesentlich häufiger Kneipen/Clubs und Diskos. Gravierende Unterschiede zeigen sich bei der Frage nach der Zeit, die Jugendliche für Freizeit zur Verfügung haben. Nur 41 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund geben an, viel Freizeit zu haben (demgegenüber 43 % aller Befragten in Westdeutschland³³), 33 % dagegen, über wenig Freizeit zu verfügen (nur 23 % aller Befragten West). Eine andere Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund in 2001/2002 zu verschiedenen Themen befragte, kam demgegenüber zu

dem Ergebnis, dass Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund ihre Freizeit überwiegend zu Hause (44 %) und/oder mit Freundinnen und Freunden (63 %) verbringen. Hohe Priorität hat dabei Musik hören, telefonieren, fernsehen, aber auch lesen. Immerhin für 25 % spielt die Nutzung des Computers inklusive des Internets eine große Rolle. Die hervorgehobene Bedeutung, die der peer-group innerhalb der Jugendarbeit innewohnt, wird in dieser Studie durch die Tatsache bestätigt, dass 76 % der Befragten ihre Freizeit mit der besten Freundin verbringen.³⁴

Der pädagogische Alltag zeigt, bestätigt u. a. auch durch die ipos-Studie, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Einrichtungen der Offenen Tür weitaus höher liegt, als in der klassischen Variante der Jugendverbandsarbeit. So äußerten sich beispielsweise Jugendliche mit Migrationshintergrund im Gegensatz zur Gesamtheit aller Befragten West (34 %), nur zu 25 % als unzufrieden mit dem lokalen Angebot an Jugendzentren. Die Vorliebe von offenen Angeboten im Vergleich zu verbandlicher Jugendarbeit korrespondiert auch mit der geringeren Vereinsmitgliedschaft von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Laut ipos-Studie sind nur 16 % der befragten Jugendlichen mit Migrationshintergrund Mitglied in einem Verein, darunter wesentlich mehr männliche als weibliche Jugendliche (23 % versus 10 %). Besonders beliebt sind dabei Sportvereine mit 74 %, freizeitlich orientierte Vereine folgen auf Platz 2 mit 13 %, bürgerschaftliches Engagement in Vereinen spielt - ebenso wie bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund - eine eher marginale Rolle mit 5 %.³⁵ Die Untersuchung von Boos-Nünning und Karakaşoğlu zeigt, dass bei den Mädchen religiöse und kulturelle Vereine besondere Bedeutung besitzen, spezielle Angebote für Mädchen dagegen relativ selten genutzt werden.³⁶ Etwas differenzierter in Hinblick auf die Vereinsstrukturen bestätigt die Studie von Weidacher den höheren Organisationsgrad von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese unterscheidet zusätzlich zwischen deutschen Vereinen und MigrantInnen-selbstorganisationen. Auch hier weisen (deutsche) Sportvereine mit durchschnittlich 25,3 % (35 % bei den männlichen Jugendlichen) den höchsten Organisationsgrad aus, gefolgt von der Mitgliedschaft in Gewerkschaften mit durchschnittlich 12,5 %. Mitglied in einem „deutschen“ Jugendverband zu sein, äußern mit 2,00 % (Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund) - 6,00 % (Jungen mit griechischem und türkischem Migrationshintergrund) nur relativ wenig Jugendliche.³⁷ Ins-

³⁰ Vgl. Mecheril 2003, oder: Mecheril 2002.

³¹ Vgl. ipos Studie 2003, S. 136 ff.

³² Auf einer Skala von -5 bis +5 liegt der Mittelwert für Jugendliche ohne Migrationshintergrund bei 2,9 im Vergleich zu 2,7 bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

³³ Aufgrund der Tatsache, dass in Ostdeutschland relativ wenig Jugendliche mit Migrationshintergrund leben, wurden dort keine Daten erhoben. Die Vergleiche basieren demzufolge immer auf Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in Westdeutschland.

³⁴ Vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004, S. 143.

³⁵ Vgl. ipos Studie 2003, S. 137 f.

³⁶ Vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004, S. 145.

³⁷ Hier muss hinzugefügt werden, dass die Mitgliedschaft in den Jugendverbänden, die erfahrungsgemäß einen großen

gesamt geben aber zwischen 52 % (Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund) und 59 % (Jugendliche mit griechischem Migrationshintergrund) an, Mitglied in einem deutschen Verein oder einer Selbstorganisation zu sein, was nach den Ergebnissen dieser Studie insgesamt auf große Bedeutung von Vereinen für Jugendliche mit Migrationshintergrund schließen lässt.³⁸ In den letzten Jahren haben sich einige Selbstorganisationen jugendlicher Migrantinnen und Migranten gegründet, die über einen hohen Mobilisierungsgrad verfügen und sicherlich in den kommenden Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Jugendverbandsarbeit zu leisten in der Lage sind.³⁹ Die Tatsache, dass sich beispielsweise der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (AAGB) erfolgreich um eine Anschlussmitgliedschaft im Deutschen Bundesjugendring bemüht hat, oder die Mitgliedschaft zahlreicher Vereine jugendlicher Migrantinnen und Migranten in Stadtjugendringen zeigen, dass diese Vereine sich als selbstverständlicher Teil der Jugendverbandsarbeit in Deutschland verstehen und daran aktiv partizipieren wollen. Darin müssen sie von den handelnden Akteurinnen und Akteuren auf lokaler und überregionaler Ebene aktiv und wirkungsvoll unterstützt werden.

Partizipation auf gleicher Augenhöhe

Zahlen, Statistiken und Studien bilden natürlich immer nur einen kleinen Teil der Realität ab. So sorgfältig recherchiert wird und so sehr man versucht, keine pauschalisierenden Aussagen zu treffen, reflektieren diese Ergebnisse doch immer nur einen kleinen Teil der Wirklichkeit und können nicht verhindern, dass die individuellen Perspektiven der Jugendlichen simplifizierend homogenisiert werden. Hat man diese Realitätsverzerrung im Blick, muss konstatiert werden, dass unsere Gesellschaft noch weit davon entfernt ist, was eigentlich integraler Bestandteil eines Einwanderungslandes sein müsste: Bis zur Erlangung gleichberechtigter Lebensverhältnisse und Zugangsmöglichkeiten zu allen gesellschaftspolitisch entscheidenden Bereichen ist es noch ein langer Weg. Nicht zu Unrecht wird von Seiten einiger Menschen mit Migrationshintergrund kritisch in Richtung auf Politik und Gesellschaft formuliert, dass eigentlich die Zeit der Bestandsaufnahmen, der Grundsatzpapiere und wohlmeinenden Erklä-

rungen vorbei sei und endlich aktive Schritte unternommen werden sollten, um die schriftlichen und mündlichen Bekenntnisse in die Realität umzusetzen. Diese Kritik gilt es im Rahmen der Debatte um Interkulturalität auf allen Ebenen auf- und anzunehmen. Dazu ist es nötig, dass alle Institutionen und Behörden, die mit Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, ihre eigene Arbeitspraxis selbstkritisch in Hinblick auf exkludierende Elemente überprüfen und sich interkulturell öffnen. Nicht eine Arbeit *für* Menschen mit Migrationshintergrund, sondern eine Arbeit *mit* Menschen mit Migrationshintergrund kann aus der Marginalisierung und Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten eine gleichberechtigte Teilhabe, eine Teilhabe auf gleicher Augenhöhe werden lassen. Dabei ist es entscheidend, dass sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und Einrichtungen, die mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeiten, Fähigkeiten erwerben, um kultursensibel zu agieren, ohne kulturalisierend zu handeln. Gemäß dem Zitat von Pat Parker: „Wenn du mit mir sprichst, vergiss’, dass ich eine Schwarze bin! Und vergiss’ nie, dass ich eine Schwarze bin!“⁴⁰ Um Institutionen der Jugendhilfe so zu öffnen, dass sie Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht nur formale Partizipationschancen, sondern auch reale und effektive Möglichkeiten bieten, muss der Öffnungsprozess von allen Beteiligten mitgetragen werden. Sowohl die Geschäftsführung, als auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in den Prozess involviert werden, damit sich die Top-Down- mit der Bottom-Up-Strategie sinnvoll und synergetisch ergänzt. Darin liegt die Zukunft und zugleich die große Herausforderung für die bundesdeutsche Gesellschaft.

„In der Schule (...) ist das ja manchmal so: Alle reden darüber (über den Irakkrieg, Anm. B. J.), diskutieren sich die Köpfe heiß und ich sitze hinten, lehne mich zurück und beteilige mich nicht daran. Ich bin der einzige Ausländer in meiner Klasse und noch dazu ausgerechnet aus dem Irak. Stellt euch mal vor, ihr wärt im Ausland in einer Schulklasse der oder die einzige Deutsche, und die würden alle über Kanzler Schröder und seine verfehlte Politik reden. (...) Ob ihr dann noch Lust hättet, die Alibi-Deutschen zu sein? (...) Mehr kann ich dazu nicht sagen. Noch irgendwelche Fragen?“⁴¹

Literatur:

- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.): Migrationsbericht der Integrationsbeauftragten im Auftrag der Bundesregierung, Berlin/Bonn 2004

Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ansprechen, wie die Gewerkschaftsjugend und Sportjugend, extra aufgeführt werden und unter dem Punkt „Jugendverband“ nicht enthalten sind. Dementsprechend ist die reale Zahl der Jugendlichen mit Migrationhintergrund, die in einem Jugendverband Mitglied sind, höher anzusetzen.

³⁸ Vgl. Weidacher 2000, S. 101 ff.

³⁹ Dabei handelt es sich u. a. um den Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (AAGB), die Deutsche Jugend aus Russland (DJR), die DIDF-Jugend, die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD), den Jugendverband JunOst und den Jugendverband Integration.

⁴⁰ Zitiert nach Rommelspacher 1995, S. 100.

⁴¹ Mohammed, 18 Jahre: Lebe Deinen Scheiß und heul nicht, in: Panier 2004, S. 387, 391.

- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, September 2002, Berlin/Bonn: 2002
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten (Dokumentation), Bonn 2003
- Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoğlu, Yasemin: Viele Welten leben. Eine Untersuchung zu Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (Hg.): „Jugend Beruf Gesellschaft“, 55. Jg., Heft 3./2004, Bonn 2004, S. 142 – 148
- Bos, Wilfried u. a.: IGLU. Einige Länder der Bundesrepublik Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich, Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse, Hamburg 2004
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hg.): Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Gutachten von Prof. Dr. Ingrid Gogolin (Federführung), Prof. Dr. Ursula Neuman, Prof. Dr. Hans-Joachim Roth, Universität Hamburg (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, B. 107), Bonn 2003
- Granato, Mona: Jugendliche mit Migrationshintergrund - auch in der beruflichen Bildung geringere Chancen?, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.): Integration durch Qualifikation, Bonn 2003, S. 29 - 48
- Ipos, Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Hg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, November/Dezember 2002, Mannheim 2003
- Klemm, Klaus: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Spiegel der neueren Schulleistungsstudien, in: Karakaşoğlu, Yasemin/Lüddecke, Julian (Hg.): Migrationsforschung und interkulturelle Pädagogik. Aktuelle Entwicklungen in Theorie, Empirie und Praxis, Waxmann Verlag: Münster/New York/München/Berlin, 2004, S. 205 - 215
- Mecheril, Paul: Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit (Interkulturelle Bildungsforschung, Bd. 13), Münster: Waxmann Verlag, 2003
- Mecheril, Paul: Politik der Unreinheit. Ein Essay über Hybridität, Wien: Passagen Verlag, 2003
- Münz, Rainer/Seifert, Wolfgang/Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2¹999
- Panier, Katrin: Zu Hause ist, wo ich verliebt bin. Ausländische Jugendliche in Deutschland erzählen, Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, 2004
- Rommelspacher, Birgit: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Statistik aktuell. Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg, Stuttgart 2002
- Weidacher, Alois (Hg.): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher Jugendlicher im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, 2000

Birgit Jagusch ist Referentin des IDA e. V.

Viele Welten leben. Eine Untersuchung zu Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund⁴²

Ursula Boos-Nünning & Yasemin Karakaşoğlu

Jugendliche mit Migrationshintergrund machen einen erheblichen Teil der jugendlichen Bevölkerung in Deutschland aus. Bezieht man sich auf die amtlichen Statistiken, die überwiegend auf der Staatsbürgerschaft beruhen, dann wird ihr Anteil unterschätzt. Untersuchungen, die das Kriterium der Zuwanderung von mindestens einem Elternteil zugrunde legen (dies sind vor allem die SchülerInnenleistungsstudien PISA und IGLU), kommen zu dem Ergebnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ca. ein Viertel der jugendlichen Population Deutschlands ausmachen. In den Großstädten Westdeutschlands haben von der 0- bis 16-jährigen Wohnbevölkerung bis zu 40 % (so in Köln) und mehr (so in Frankfurt am Main) Migrationshintergrund.

Kindheit und Jugendzeit verläuft für einen großen Teil dieser Jugendlichen in einem multi-ethnischen und multikulturellen Kontext, in den Großstädten in Westdeutschland mehr als in den ländlichen Regionen und in Ostdeutschland. Die Informationen über Jugendliche und hier wiederum insbesondere über junge Frauen mit Migrationshintergrund sind völlig unzureichend, da lange Zeit diese Gruppe in den Jugend- und Familiensurveys unberücksichtigt blieb. Und selbst bei Einbeziehung in aktuelleren Studien wird in vielen Bereichen nach ethnischer/nationaler Herkunft und nach Geschlecht nicht differenziert.

Methodische Anmerkungen

Die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte

⁴² Der Artikel findet sich auch in der Zeitschrift „Jugend, Beruf und Gesellschaft“ der BAG JAW, Heft 3/2004.

Mehrthemenuntersuchung schließt diese Lücke, in dem sie nach Herkunft differenzierende Daten von Mädchen und jungen Frauen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund zu einem breiten Themenspektrum ermittelt: Die Migrationsbiographien und die sozialen Rahmenbedingungen des Aufwachsens, die Rolle und die Bedeutung der Familie, Freizeit und Freundschaften, Schule und Ausbildung, Mehrsprachigkeit und Sprachmilieu, Vorstellungen von Partnerschaft, Erziehung und Geschlechterrollen, Körperbewusstsein und Sexualität, Ethnizität und psychische Stabilität, Religiosität und schließlich die Inanspruchnahme von Freizeitangeboten und Hilfen in Krisen.

Von November 2001 bis März 2002 wurden insgesamt 950 Mädchen und unverheiratete junge Frauen im Alter von 15 bis 21 Jahren - 200 Mädchen und junge Frauen mit Aussiedlerinnenhintergrund, 182 mit griechischem, 183 mit italienischem, 172 mit ehemals jugoslawischem und 213 mit türkischem Migrationshintergrund - mittels eines vollstandardisierten Fragebogens mit 138 Fragen befragt. Die Befragungsregionen waren Frankfurt am Main, Mannheim, Berlin, Völklingen, Dresden und Chemnitz (in beiden Städten nur Aussiedlerinnen) sowie der Ballungsraum Ruhrgebiet mit den Städten Duisburg und Essen und den Kreisen Unna und Recklinghausen. Die Stichprobe der vier Gruppen mit überwiegend Arbeitsmigrationshintergrund wurde zu 75 % mittels Zufallsauswahl aus Einwohnermeldeamtsregistern und zu 25 % über das Schneeballsystem zusammengestellt. Mit dieser Kombination sollte gewährleistet werden, dass auch Personen deutscher Staatsangehörigkeit der genannten Herkunft in der Stichprobe vertreten sind. Die Aussiedlerinnen wurden ausschließlich über das Schnellballverfahren ermittelt. Die Erhebung erfolgte durch persönliche Interviews mittels eines standardisierten Fragebogens mit der Möglichkeit der freien Sprachwahl durch speziell geschulte, zweisprachige Interviewerinnen.

Die Untersuchung ist in allen Themenbereichen differenziert nach nationaler Herkunft der Mädchen und jungen Frauen ausgewertet. Für die Messung von Sozialvariablen (z. B. sozialer Status der Familie, Bildungsverlaufsbahn der Mädchen, ethnisches Milieu) und Einstellungen (z. B. Religiosität, familiäre Erziehungsmuster) wurden Indices oder Skalen entwickelt. Im Folgenden sollen Ergebnisse aus den Bereichen Freizeitgestaltung und Freundschaften sowie Inanspruchnahme von Hilfsangeboten als kleiner Ausschnitt aus den umfangreichen Daten der Untersuchung vorgestellt werden.

Nicht nur allein zu Hause: Freizeit und Freundschaften

Die Freizeit von Mädchen mit Migrationshintergrund wird unter zwei Gesichtspunkten thematisiert: Zum einen interessieren Freizeitbeschäfti-

gungen, zum anderen wird den Freundschaftsbeziehungen unter dem Gesichtspunkt der ethnischen Zusammensetzung der Freundinnen- und Freundesgruppe als Indiz für die Integration in die deutsche Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit gewidmet

Freizeit in Privaträumen und im öffentlichen Raum

Die überwiegende Zahl der Mädchen und jungen Frauen verbringt ihre Freizeit („sehr oft“ und „oft“) auch mit Aktivitäten wie „Musik hören“ und „Telefonieren und SMS verschicken“, schon deutlich weniger mit „Einkaufsbummel/Schaufenster gucken“ und „Cafés Kneipen, McDonalds, Eisdielen o. ä. besuchen“. Jede Zweite nennt zu Hause ausgeführte Aktivitäten wie „fernsehen (allein/mit anderen)“ und „lesen“, ein Viertel die „Nutzung des Internets und von Computerspielen“. Aktivere (kreative) Formen der Freizeitgestaltung wie „Sport treiben“, „zeichnen, malen, musizieren, Theater spielen“ und „Handarbeit“ zählen zu den Aktivitäten, mit denen die befragten Mädchen und jungen Frauen ihre Freizeit seltener verbringen. Die größten Unterschiede nach nationalem Hintergrund bestehen im Besuch von Diskotheken - einer Freizeitgestaltung, die von Mädchen mit türkischem Hintergrund nicht gepflegt wird, gleich ob es sich um deutsche oder herkunftsspezifische Diskotheken handelt. Mädchen mit griechischem Hintergrund sind, was deutsche und herkunftsspezifische Diskotheken anbetrifft, besonders aktiv. Mädchen mit türkischem Hintergrund besuchen auch deutlich seltener Partys. Mädchen aus AussiedlerInnenfamilien sind seltener in Cafés, Kneipen, McDonalds, Eisdielen oder ähnlichem als die Übrigen, sie telefonieren und faulenzen weniger, lesen aber auch weniger häufig Bücher, Zeitschriften und Zeitungen.

Die Freizeit wird von den meisten im häuslichen Umfeld, entweder bei Freunden oder Freundinnen (63 % „sehr oft“ und „oft“) oder zu Hause (44 %) sowie in Cafés, Eisdielen oder ähnlichem verbracht. Organisierte Angebote wie Jugend- oder Mädchentreffs, aber auch kulturelle oder religiöse Einrichtungen spielen kaum eine Rolle (nur von 2 % bis 11 % „sehr oft“ besucht).

Freizeit mit Freundinnen oder Freund(en)

Der private Freizeitraum kann die eigene Wohnung oder die Wohnung der Eltern sein. Am häufigsten (zwei Drittel „sehr oft“ oder „oft“) treffen sich die Mädchen und jungen Frauen bei Freundinnen oder Freunden. Dem entspricht die herausgehobene Bedeutung der besten Freundin oder in den Fällen, in denen ein fester Partner vorhanden ist, des Freundes, gefolgt von einem Kreis von Freundinnen oder Freundinnen und Freunden. Die Bedeutung der Familienmitglieder tritt dagegen zurück, wenn auch etwa ein Drittel und mehr die Freizeit meistens oder häufig mit Eltern, Geschwistern oder anderen Verwandten

verbringt. Die beste Freundin wird von 76 %, von denjenigen mit festem Freund oder Partner wird dieser von 80 % genannt. Immerhin 17 % geben an, die Freizeit „meistens“ oder „häufig“ allein zu verbringen. Freundinnen oder Freunde sind auch die wichtigsten Vertrauenspersonen. 80 % geben die beste Freundin oder den besten Freund und 52 % die zweitbeste Freundin oder den Freund als die Person an, mit der sie über alle Sorgen und Nöte sprechen können (zum Vergleich: Die Mutter nennen 47 %).

Innerethnische und interethnische Freundschaften

Da die Freizeit überwiegend im Freundinnen- oder Freundeskreis verbracht wird, ist die Frage, ob dieser ethnisch homogen zusammengesetzt ist oder ob deutsche Jugendliche eine Rolle spielen, von großer Bedeutung. Die Ergebnisse sind eindeutig: Ein erheblicher Teil (44 %) hat einen Freundeskreis, der nur aus zugewanderten Jugendlichen besteht. Wenn nach den drei besten Freundinnen oder Freunden gefragt wird, haben 41 % ausschließlich sowie 23 % überwiegend Freundinnen und Freunde mit dem eigenen Migrationshintergrund. Von den Mädchen und jungen Frauen aus AussiedlerInnenfamilien haben 84 % (66 % „ausschließlich“ und 18 % „überwiegend“) ethnisch homogene Freundschaften, von den Mädchen mit türkischem Hintergrund 79 % (51 % und 28 %) und mit griechischem Hintergrund 64 % (44 % bzw. 20 %). Mädchen mit italienischem und jugoslawischem Hintergrund pflegen eher ethnisch heterogene Freundschaften, die überwiegend multikulturell (eigene und andere Zuwanderergruppen und Deutsche) zusammengesetzt sind. „Ausschließlich“ oder „überwiegend“ deutsche Freundschaften hat auch hier nur eine Minderheit von ca. einem Fünftel. Das Wohnen in einem deutschen Wohnumfeld bedingt nicht automatisch auch einen überwiegend deutschen Freundeskreis. 39 % der Mädchen und jungen Frauen, die in einem deutschen Wohnumfeld leben, haben dennoch Freundinnen und Freunde ausschließlich aus der Herkunftskultur (der Eltern).

Freundschaftssprachen

Es ist selbstverständlich, dass in Freundschaften mit Deutschen die deutsche Sprache verwandt wird. Ein wichtiges, nicht selbstverständliches Ergebnis ist, dass in ethnisch homogenen Freundschaften von weitaus den meisten Mädchen und jungen Frauen (79 %) Deutsch und die Herkunftssprache in gleicher Weise genutzt werden; 10 % sprechen ausschließlich oder überwiegend Deutsch mit einander, 11 % „ausschließlich“ oder „überwiegend“ in der Herkunftssprache. Bei Mädchen mit ethnisch gemischten Freundschaften ist die deutsche Sprache dominant.

Beratung: Muss das sein? Organisierte Freizeit und Hilfe in Krisen

Seit langem wird thematisiert, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe unterrepräsentiert seien und dass sie daher, wenn sie in Notsituationen kommen, die für sie notwendigen Hilfen nicht erreichen. Während für sie die Unterrepräsentation belegt ist, wurden bisher relativ selten Daten über die Vorstellungen und Wünsche der Jugendlichen erhoben. Die Kenntnis darüber ist jedoch entscheidend, um ein zielgruppenspezifisches Angebot zu entwickeln bzw. bestehende Angebote besser an den Bedürfnissen der Zielgruppe zu orientieren. In zwei Bereichen, den organisierten Freizeitangeboten und der Hilfe in Krisensituationen, bietet die Untersuchung detaillierte Informationen.

Organisierte Freizeit

Schon bei der Nutzung von organisierten Freizeitangeboten wie Jugendeinrichtungen, Mädchentreffs, religiösen oder (herkunfts-) kulturellen Einrichtungen oder Sport zeigt sich sowohl eine fehlende Nutzung als auch ein fehlendes weitergehendes Interesse.

Am meisten vorhanden und am meisten in Anspruch genommen werden öffentliche Treffpunkte, deren Nutzung teilweise kostenfrei ist bzw. bei denen es zumindest möglich ist, sich ohne Kosten aufzuhalten, etwa in Fußgängerzonen und Kaufhäusern. Institutionelle und organisierte Freizeitangebote sind seltener, Jugendeinrichtungen und religiöse Angebote sind zwar in den meisten Fällen vorhanden, aber sie werden kaum genutzt. Nur 11 % der Mädchen und jungen Frauen nutzen Jugendeinrichtungen, Mädchen aus AussiedlerInnenfamilien mit 16 % häufiger und Mädchen mit italienischem Migrationshintergrund mit 7 % seltener als die übrigen. Religiöse Einrichtungen, von 57 % als vorhanden registriert, nutzen 19 % - mit 31 % stärker die Mädchen mit türkischem und mit 26 % die mit jugoslawischem Hintergrund. Kulturelle Einrichtungen sind mit 41 % Nennung relativ selten vorhanden, werden aber auch nicht sehr häufig genutzt (von nur 13 %). Selten vorhanden (29 %) und selten genutzt (von 5 %) werden spezielle Angebote für Mädchen. Vor allem Mädchen und junge Frauen mit griechischem (32 %), italienischem (33 %) und türkischem (37 %) Hintergrund erleben sie in ihrer Wohngegend und Mädchen türkischer Herkunft nutzen sie mit 8 % auch mehr als andere Mädchen.

Sport ist im Grenzbereich von persönlich gestalteten und organisierten Angeboten anzusiedeln. Die Möglichkeiten sind in der Wohnumgebung vorhanden. Sie werden mehr als andere institutionelle Angebote, aber dennoch nur von einem Viertel der von uns befragten Mädchen und jungen Frauen genutzt. Die Mädchen und jungen Frauen unserer Untersuchung sind mit den meisten instituti-

onellen Freizeitbedingungen in ihrem Stadtteil zufrieden, sei es, weil - wie bei Jugendeinrichtungen und Sportstätten - genügend vorhanden sind und sie nicht mehr wünschen, oder sei es, weil sie keine entsprechenden Bedürfnisse (Wünsche) äußern. Etwa ein Drittel ist unzufrieden mit den Angeboten an eigenethnischen kulturellen Treffpunkten und Zentren sowie mit dem Fehlen von Angeboten für Mädchen und junge Frauen; erstere werden häufiger von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem Hintergrund und aus AussiedlerInnenfamilien gewünscht. Vor dem Hintergrund, dass nur 5 % der Befragten Mädcheneinrichtungen und 11 % Jugendeinrichtungen nutzen, aber 60 % sie für gut erachtet, sind die Gründe für den Nichtbesuch von Interesse. Die meisten Mädchen und jungen Frauen verbringen ihre Freizeit lieber privat und halten die Angebote im Bereich der Mädchen- und Jugendarbeit für wenig interessant. Von einer Minderheit - 8 bis 14 % je nach nationalem Hintergrund - wird die Jugendeinrichtung als ein Ort angesehen, der nicht für Mädchen geeignet ist. Diese Einschätzung wird von den Mädchen mit türkischem Hintergrund etwas häufiger genannt als von den übrigen. Als bedeutsamer wird das Fehlen adäquater Angebote angesehen. Werden zusätzlich nur geringe Bedürfnisse nach organisierten Freizeitangeboten berücksichtigt, so lässt sich lediglich registrieren, dass ein tatsächliches Interesse fehlt. Auch spezielle Einrichtungen für Mädchen sind einem Teil bekannt, werden aber nur von einer Minderheit von 4 bis 18 % besucht. Gewünscht werden am häufigsten Selbstverteidigungskurse für Mädchen (von 29 %), Beratung für Mädchen (von 22 %) und Selbstbehauptungskurse für Mädchen (von 19 %). Der Wunsch nach Mädchenspezifischen Angeboten ist insgesamt sehr gering. Jeweils die Hälfte bis weit über die Hälfte (63 % Mädchen italienischer Herkunft) wünschen diese gar nicht. Die türkische Herkunftsgruppe fällt mit 22 % derjenigen, die sich aus dieser Gruppe sehr stark Mädchenspezifische Angebote wünschen, etwas aus dem eher desinteressierten Gesamtbild heraus.

Beratungsbedarf in Konfliktlagen

Mädchen mit Migrationshintergrund geraten - wie deutsche Mädchen auch - in für sie selbst unlösbare Konfliktlagen: Es kann aufgrund unterschiedlicher Erwartungen zwischen der Tochter und den Eltern zu Situationen kommen, die für die Tochter im familiären Kontext nicht lösbar sind. Konflikte außerhalb der Familie können ebenfalls zu Belastungen führen. Wie oft dies vorkommt, ist nicht bekannt. Die Bereitschaft, Hilfe zu suchen, ist abhängig von der Art der Probleme. Bei Problemen mit sich selbst, dem eigenen Körper oder der Psyche, insbesondere bei Problemen mit Drogen, ungewollter Schwangerschaft, Essstörungen und psychischen Problemen, ist die Bereitschaft, Beratung zu suchen und Beratungsstellen aufzusuchen

mit ca. 60 % bis 80 % Zustimmung zu den Antwortalternativen „auf jeden Fall“ und „wahrscheinlich“ recht groß. Eine Ausnahme stellen Schwierigkeiten mit der Sexualität und dem Körper dar; bei diesen Fragen geht die Bereitschaft auf 32 % zurück. Deutlich verweigert wird die Inanspruchnahme von externen Hilfen bei Problemen im familiären Bereich (nur 12 %). Eine Ausnahme stellt die Erfahrung von körperlicher Gewalt durch den Partner oder Ehemann dar (52 %). In diesem Fall steigt die Bereitschaft, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Bei gesellschaftlichen Problemen wie etwa mit der Arbeit oder der Schule erwartet nur ein Drittel der Mädchen Hilfe von Außen, bei finanziellen Problemen ist es ca. die Hälfte. Die grundsätzliche Bereitschaft, Hilfen aufzusuchen, liegt für etwas mehr als ein Drittel der Befragten im hohen und für ebenso viele im niedrigen Bereich. Weniger als ein Drittel zeigt eine mittlere Bereitschaft zur Inanspruchnahme professioneller Hilfen. Von diesem Grundmuster weichen lediglich die jungen Aussiedlerinnen ab mit einer größeren Gruppe von 44 %, die eine „niedrige“ bzw. „sehr niedrige“ Bereitschaft zeigt, Hilfen aufzusuchen.

Neben den Situationen, in denen professionelle Hilfe gesucht wird, wurde für die verschiedensten Beratungseinrichtungen ermittelt, ob sie den Mädchen und jungen Frauen bekannt waren und ob sie diese schon einmal aufgesucht hatten. Mehr als drei Viertel der Mädchen kennen Formen institutioneller Beratung: An erster Stelle der Bekanntheit steht mit 87 % die Berufsberatung, gefolgt von dem Jugendamt (84 %), dem Vertrauenslehrer/der Vertrauenslehrerin und der Hausaufgabenhilfe mit je 79 %. Bereits an fünfter Stelle steht die Drogenberatung (74 %). Einen hohen Bekanntheitsgrad mit zum Teil weit über 50 % haben auch die Institution der Schwangerschafts- und Sexualberatung und die AusländerInnen-/AussiedlerInnenberatungsstellen (je 69 %), das Frauen- und Mädchenhaus und die Erziehungs-/Familienberatung (je 61 %) sowie die Ehe- und Partnerschaftsberatung (60 %). Es folgen die Jugendberufshilfe (59 %), die Beratungsstelle für Essstörungen (56 %) sowie die Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt (54 %) und der Schulpsychologische Dienst bzw. die Jugendgemeinschaftswerke (jetzt Jugendmigrationsdienste) mit je 53 %. Stets gibt es einen nicht unerheblichen Anteil, der die entsprechenden Einrichtungen nicht kennt.

Von den bekannten Einrichtungen wurden am häufigsten aufgesucht die Berufsberatung mit 53 %, gefolgt von der Hausaufgabenhilfe mit 26 %, dem Vertrauenslehrer/der Vertrauenslehrerin mit 18 % und der AusländerInnen-/AussiedlerInnenberatungsstellen mit 16 %. Je 15 % nutzte bereits das Angebot der Jugendberufshilfe und der Jugendgemeinschaftswerke. Angesichts der Tatsache, dass die Jugendgemeinschaftswerke ihr Angebot erst seit 2001 von den Aussiedlern

und Aussiedlerinnen auf alle Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgeweitet haben, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um eine überwiegend von Aussiedlerinnen genutzte Einrichtung handelt. Vor diesem Hintergrund stellen die 15 % einen Hinweis auf einen hohen Bekanntheits- und Nutzungsgrad bei dieser Gruppe dar. Die restlichen Beratungseinrichtungen fallen mit einem (Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt, Einrichtung für SchulschwänzerInnen) bis 4 % (Drogenberatung, Ausländerbeirat) Nennungen kaum ins Gewicht. Relativ dazu erhält mit 6 % Nennungen die Schwangerschafts- und Sexualberatung noch ein gewisses, wenn auch im Gesamtbild eher geringes Gewicht.

In dem stark an der Berufsberatung und Hilfe in Bildungsfragen ausgerichteten Nutzungsprofil spiegelt sich die Lebensphase der Mädchen, die sich zumeist im Übergang von der Schule in den Beruf bzw. in der beruflichen Orientierungsphase befinden. Der relativ hohe Prozentsatz von Nennungen bei den MigrantInnenberatungsstellen im Vergleich zu den Regeldiensten kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass diese ihre generalistische Beratungsfunktion für einen Teil der jungen Migrantinnen behalten haben und für sie eine zentrale Anlaufstelle bei Krisen darstellen. Auch die geringe Nennung einer Nutzung von Ehe- und Partnerschaftsberatungsstellen, der Schuldnerberatung sowie der Familienberatung muss im Zusammenhang mit den Lebensumständen und der Lebensphase der befragten Mädchen und jungen Frauen gesehen werden, die noch keine eigene Familie und in den meisten Fällen auch noch keinen eigenen Hausstand gegründet haben.

Werden die Beratungsbereiche berücksichtigt, so fühlt sich ca. die Hälfte der Mädchen insgesamt im Bildungsbereich gut versorgt, aber nur ca. ein Viertel der Mädchen aus AussiedlerInnenfamilien. Etwas schlechter stellt sich die Versorgung bei persönlichen Krisen dar. Ca. 40 % können hier als gut versorgt gelten, mit nur 22 % wiederum ein deutlich geringerer Anteil der Mädchen aus AussiedlerInnenfamilien.

Wunsch nach kultursensibler Beratung

Es ist keineswegs so, dass die Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund zum überwiegenden Teil spezifische Anforderungen an eine Beratung nennen. Am häufigsten wird als „sehr“ oder „eher wichtig“ angesehen, dass die Berater oder Beraterinnen mit der eigenen Kultur und Religion vertraut sind (38 %), dass die Beratungsstelle in der Nähe des Wohnortes liegt (34 %) und dass die Eltern oder der Partner sie akzeptieren (33 %). Deutlich weniger wird - bezogen auf die Person des Beraters/der Beraterin - der gleiche kulturelle Hintergrund (21 %) und die Beratung in der Herkunftssprache (20 %) gewünscht. Von allen Mädchen möchte etwas mehr als ein Drittel von Frauen beraten werden. In an-

deren Punkten differieren die Aussagen je nach Herkunftsgruppe. Mädchen aus AussiedlerInnenfamilien wünschen zusammen mit denjenigen griechischer Herkunft mehr als die Übrigen eine Beratung auch in der Herkunftssprache (29 %; übrige 11 % bis 17 %) und von Personen gleichen kulturellen Hintergrunds (30 %). Für Mädchen mit griechischem Hintergrund ist darüber hinaus auch die Vertrautheit mit der eigenen Kultur und Religion (42 %) von besonderer Bedeutung. Mädchen mit italienischem Hintergrund haben an die eigenethnische Orientierung und Sprache der Beraterinnen deutlich weniger Erwartungen, wünschen aber stärker eine Beratung in der Nähe des Wohnortes (39 %). Mädchen mit jugoslawischem Hintergrund haben, wie die Mädchen mit italienischem Hintergrund, weniger Interesse an Beratung in der Herkunftssprache und an Personen mit dem eigenen kulturellen Hintergrund, wohl aber daran, dass die Berater und Beraterinnen mit der eigenen Kultur und Religion vertraut sind (36 %) und dass die Beratungsstelle in der Nähe des Wohnortes ist (45 %). Mädchen mit türkischem Hintergrund wünschen deutlich mehr als alle anderen die Vertrautheit der Berater und Beraterinnen mit der eigenen Kultur und Religion (59 %). Hingegen tritt für sie die Beratung in der eigenen Sprache und der kulturelle Hintergrund der Beratungspersonen zurück, wenn diese auch nach wie vor eine etwas größere Rolle spielen, als bei den Mädchen mit italienischem und jugoslawischem Hintergrund. Der aus den Fragen nach der Berücksichtigung herkunftsspezifischer Bedingungen in der Beratung gebildete Index macht deutlich, dass ein solches Bedürfnis bei 14 % der Mädchen „sehr stark“ und bei 15 % „stark“ ausgeprägt, hingegen bei 24 % „schwach“ und bei 26 % „sehr schwach“ ist. Es zeigt sich, dass der Wunsch nach kultursensibler Beratung am stärksten bei Mädchen und jungen Frauen mit türkischem Hintergrund ausgeprägt ist, wobei der Anteil mit 40 % genauso groß ist wie der Anteil derjenigen, denen dies nicht wichtig ist. Am wenigsten ist dieser Wunsch, mit nur 23 % „starker“ bzw. „sehr starker“ Ausprägung, bei Mädchen und jungen Frauen mit italienischem Hintergrund vorhanden. Bei allen anderen Gruppen gibt es einen etwas niedrigeren Anteil, der ein solches Eingehen auf die Kultur und Sprache wünscht, gegenüber einem etwas höheren Anteil derjenigen, der diese Spezifizierung als nicht wichtig erachtet.

Fazit

Ein erheblicher Teil der Mädchen und jungen Frauen lebt im Zuwanderungs- oder ethnischen Wohnumfeld, hat in der Freizeit wenig oder keine Kontakte zu deutschen Gleichaltrigen und verkehrt in einem inneren Kreis von Personen der eigenen Ethnie (beste Freunde oder Freundinnen). Aber auch in der Selbstdefinition (Ethnizität) ist ein erheblicher Teil auf die Herkunftsgruppe

und nur sehr Wenige auf Deutsches oder die Deutschen ausgerichtet. Die Entwicklung ist fortgeschritten. Anstatt sie als „Parallelgesellschaft“ zu diffamieren oder als „ethnisches Ghetto“ zu beklagen, sollten Ansatzpunkte gefunden werden, das ethnische Umfeld mit dem deutschen zu verzahnen. Die Daten verweisen auf ein bereits in früheren Jugendstudien festgestelltes Interesse von Mädchen und jungen Frauen aus Zuwanderungsfamilien daran, Kontakte zu Deutschen aufzubauen und die deutsche Sprache zu erlernen. In krassem Gegensatz dazu stehen die tatsächlich bestehenden Beziehungen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass fehlende Kontakte kein selbst gewähltes „Schicksal“ sind, sondern mit dem Wohnumfeld und nicht zuletzt mit dem teilweise sehr unterschiedlichen Freizeitverhalten zusammenhängen. Es ergeben sich schlicht keine alltäglichen Möglichkeiten zur Intensivierung der Begegnungen und Bekanntschaften, die in der Schule oder am Arbeitsplatz selbstverständlich gegeben sind. Es ist nötig und möglich, an diese Ressourcen anzuknüpfen und einen Beitrag zur Stabilisierung und Stärkung interethnischer Beziehungen zu leisten.

Angesetzt werden kann an dem Befund, dass auch in ethnisch homogenen Gruppen Deutsch eine der üblichen, wenn auch nicht die einzige Verkehrssprache ist. Wichtig ist, gemeinsame Interessen einheimischer und zugewanderter Mädchen und jungen Frauen zu erkennen. Selbstbehauptungs- und -verteidigungskurse, sportliche Angebote nur für Mädchen sowie Computer- oder Fotokurse setzen an Interessen an, über die Gemeinsamkeit geschaffen oder verstärkt werden kann. Der Wunsch der Mädchen, kultursensible Beratung zu erhalten, sollte bezogen auf die Freizeitangebote von den Pädagogen und Pädagoginnen so umgesetzt werden, dass der Faktor „Ethnizität“ den von den Beteiligten gewünschten Stellenwert erhält. Er darf weder von außen aufgezwungen (im Sinne der offensiven Thematisierung von kulturellen Differenzen), noch negiert werden (im Sinne einer falsch verstandenen „Gleichbehandlung“). Die Tatsache, dass die Mädchen und jungen Frauen überwiegend keinen Wert auf die gleiche kulturelle und religiöse Herkunft der Beraterin oder des Beraters, aber zu immerhin einem Drittel auf deren Wissen und Sensibilität hinsichtlich der eigenen kulturellen Prägungen legen, verweist darauf, dass diese Personengruppe nicht ethnozentrisch orientiert ist, sondern die Akzeptanz ihrer ethnischen Herkunft widerspiegelt sehen will in der kultursensiblen Haltung der pädagogisch und beraterisch Handelnden.

Dr. Ursula Boos-Nünning ist Professorin für Interkulturelle Pädagogik an der Universität Duisburg-Essen.

Dr. Yasemin Karakaşoğlu ist Professorin für Interkulturelle Bildung der Universität Bremen.

Der Artikel findet sich auch in der Zeitschrift „Jugend, Beruf, Gesellschaft“ der BAG JAW, Heft 3/2004.

Position des Landesjugendringes zur Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und zur Kooperation mit Migrant*innenverbänden und Migrant*innenorganisationen⁴³

Interessen vertreten

In Nordrhein-Westfalen leben rund zwei Millionen Menschen mit ausländischem Pass, das sind ca. 11 % - oder jede(r) neunte Einwohner(in) in NRW.⁴⁴ Darunter sind rund 800.000 Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre, die keinen deutschen Pass besitzen, die in Deutschland jedoch eine Heimat gefunden haben. Sie machen ca. 16,5 % der Bevölkerung in dieser Altersgruppe aus.⁴⁵

Hinzu kommen knapp 600.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, wobei der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren hier fast 33 % ausmacht, sowie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Bürgerkriegs- und Asylbewerberfamilien, die nicht dauerhaft in Deutschland leben.⁴⁶

Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird in den nächsten Jahren noch deutlich ansteigen. Hinzu kommt, dass die Zahl der „deutschen“ Jugendlichen in den nächsten Jahren ständig abnehmen wird.

Diese Fakten belegen, dass die multiethnische und -kulturelle Dimension aus der Realität und der Lebenswelt von Jugendlichen nicht mehr wegzu-denken ist. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind ein wichtiges gegenwärtiges und zukünftiges Potenzial für die Jugendverbände. Um gesellschaftliche Desintegrationsprozesse zu verhindern und gleichzeitig die Potenziale der Jugendlichen zu fördern und zu stärken, wollen sich die Jugendverbände in NRW noch intensiver als bisher Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft zuwenden.

⁴³ Beschluss des Hauptausschusses vom 08.07.2004

⁴⁴ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW: Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Statistischer Jahresbericht 2002 (Stand der Bevölkerung in NRW am 31.12.2002)

⁴⁵ Zuwanderung und Integration in NRW: Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung“ der Landesregierung, MASQT 2000;

⁴⁶ Zuwanderung und Integration in NRW: Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung“ der Landesregierung, MASQT 2000; Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen. Ansätze und Perspektiven der verbesserten Integration von Zugewanderten (2001).

Jugendverbände haben den Auftrag, junge Menschen in ihrer Persönlichkeit umfassend zu fördern, sie zu stärken und zum Mitreden und Mitentscheiden in der Gesellschaft sowie zur Übernahme von Verantwortung anzuregen. Mit ihren vielfältigen - auf Freiwilligkeit beruhenden - Angebotsstrukturen ermöglichen sie Freiräume für Bildungs- und Lerngelegenheiten und vermitteln wichtige soziale Kompetenzen, die für die Integration in die Gesellschaft und ihre Teilbereiche eine wichtige Voraussetzung darstellen. Jugendverbände können somit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Chance eröffnen, auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt konkret Einfluss zu nehmen.

Eine seiner wesentlichen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben sieht der Landesjugendring NRW daher in interkultureller Verständigung und dem Einsatz für eine verstärkte gesellschaftspolitische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien.

Strukturen schaffen

Die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Jugendverbände soll auch strukturell sichtbar werden. Der Landesjugendring strebt eine engere Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen an, die gegenseitiges Kennenlernen und einen produktiven Austausch gewährleisten soll. Ziel ist es, im Sinne der Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammen zu arbeiten und gemeinsam jugendpolitische Zielsetzungen zu formulieren, um dazu beizutragen, die Lebensverhältnisse dieser Kinder und Jugendlichen zu verbessern und ihnen gleichberechtigte Teilhabe und Chancen zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland zu ermöglichen.

Auf der örtlichen Ebene ist dies die originäre Aufgabe der Jugendringe, die inzwischen in verschiedenen Modellen strukturelle Veränderungen vorgenommen haben, um die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen im jugendpolitischen Rahmen zu ermöglichen. So wurde z. B. die Mindeststärke an Mitgliedern, die zur Aufnahme als Mitgliedsverband eines Jugendringes notwendig ist, gesenkt. Oder es wurde eine Mindestanzahl an Aktivitäten vereinbart, die ein Mitgliedsverband durchzuführen hat.

Auch der Landesjugendring NRW will die jugendpolitische Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen und Migrantenjugendverbänden verstärken, um so die gemeinsame Grundlage für eine Förderung und Vertretung der Belange von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Einladung zur Zusammenarbeit richtet sich an alle Verbände und Organisationen, die in weiten Teilen NRW jugendpflegerisch und jugendpolitisch tätig sind. Für eine weitergehende Zusammenarbeit sind im Falle eines Aufnahmeantrages

in den Landesjugendring die Voraussetzungen zur Aufnahme im Einzelnen zu prüfen und ggf. zu erleichtern, wie am Beispiel örtlicher Jugendringe verdeutlicht wurde. Hier können verschiedene Stufen einer Zusammenarbeit realisiert werden, von einer Kooperation mit Organisationen, die über die Anerkennung nach § 75 KJHG verfügen bis zur Kooperation mit Institutionen, die als Jugendverband anerkannt und gem. §§ 11-14 tätig sind. Der Landesjugendring NRW befürwortet dabei ausdrücklich die Förderung der Strukturen von Migrantenselbstorganisationen, so dass die Möglichkeit geschaffen wird, nach § 75 anerkannt zu werden und an der finanziellen Landesförderung beteiligt zu werden.

Grundlage der Zusammenarbeit im Landesjugendring ist die gegenseitige Achtung der Mitglieder, unabhängig von deren politischen, religiösen und weltanschaulichen Unterschieden, sowie die Anerkennung der Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die weiteren Arbeitsfelder der Zusammenarbeit sind durch den § 2 der Satzung des Landesjugendringes NRW definiert. Ein Merkmal muss dabei der demokratische Grundsatz sein, Kinder und Jugendliche, innerhalb der Strukturen des jeweiligen Verbandes, aktiv an der Mitgestaltung des Verbandes und seiner Aktivitäten zu beteiligen.

Demokratische Selbstorganisationen sind unverzichtbarer Bestandteil einer selbstbewussten Diskurskultur in einer Gesellschaft und die Grundlage für eine gleichberechtigte interkulturelle Kommunikation. Gleichzeitig ist es unabdingbar, der Entwicklung monoethnischer bzw. monokultureller Organisationen entgegenzuwirken, um Parallelgesellschaften und integrationsfeindliche Tendenzen zu vermeiden. Der Landesjugendring NRW spricht sich daher dafür aus, sowohl die Selbstorganisationsbestrebungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, als auch die interkulturelle Jugendarbeit der traditionellen Jugendverbände zu fördern.

Unabhängig von einer Zusammenarbeit auf der landesverbandlichen Ebene gibt es schon eine Vielfalt an konkreten Kooperationen auf der Praxisebene. Formen der Zusammenarbeit, die bereits praktiziert werden bzw. sich als Weiterentwicklung anbieten, sind u. a.:

- Zusammenarbeit bei gemeinsamen Aktionen, logistische Unterstützung durch die Bereitstellung von Räumen, Materialien, und Know-how;
- Gegenseitige Hospitationen für ehrenamtliche oder/und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Durchführung von gemeinsamen Schulungen;
- Gegenseitige Information zu Angeboten und Unterstützungsmöglichkeiten ggf. auch zwei- und mehrsprachig; gemeinsame Projektent-

wicklung und -durchführung, z. B. Internationale Begegnungen;

- Regelmäßiger Austausch über die Probleme der Stadt/des Stadtteils, zu Wünschen und Zielen an Kooperation und Integration sowie zu jugendpolitischen Fragestellungen.

Herausforderungen für die Jugendverbände

Der steigende Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Gesamtheit der Zielgruppe von Jugendverbänden ist eine unbestreitbare Entwicklung, der die Jugendverbände und der Landesjugendring NRW begegnen wollen und müssen. Die Jugendverbände stehen hier vor vielen Herausforderungen:

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bzw. Kinder und Jugendliche aus Aussiedlerfamilien werden durch die Angebote der Jugendverbände bisher nicht überall erreicht. Die Angebote sind nicht in ausreichendem Maße auf ihre Bedürfnislagen zugeschnitten. Dies bedeutet, dass Jugendverbände aufgefordert sind, sich auf Veränderungsprozesse innerhalb des Verbandes vorzubereiten und über niedrigschwelligere Partizipationsmöglichkeiten und eine Neuausrichtung ihrer Angebote nachzudenken. Jugendverbände müssen sich verstärkt an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund orientieren, sie mit ihren individuellen und kulturellen Bedürfnissen wahrnehmen und ihre spezifischen Ressourcen und Stärken fördern.
- Die Zugangschancen zu den Angeboten der Jugendverbände sind in der Regel für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund geringer, da sie z. B. nicht über familiäre Verbandstraditionen und ausreichende Informationen über die Verbandsstrukturen und -angebote in Deutschland verfügen. In Zukunft wird es für Jugendverbände eine wichtige Aufgabe sein, noch gezielter nach Wegen zu suchen, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund für Aktivitäten, Mitwirkung und/oder Mitgliedschaft zu interessieren und Hemmschwellen und Zugangsbarrieren abzubauen.
- Internationale Begegnungen zählen für die Jugendverbände in NRW zu den wesentlichen Schwerpunkten ihrer Tätigkeit. Regelmäßig werden Aktivitäten der interkulturellen und internationalen Bildung im In- und Ausland mit Partnerinnen und Partnern gestaltet, vor allem aus Frankreich, Polen, dem Nahen Osten und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Übersee. Der Landesjugendring selbst hat mit dem Projekt „Neue Brücken bauen“ vielbeachtete Akzente im Bereich der Jugendbegegnungsarbeit und der interkulturellen Bildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gesetzt. Hier gilt es anzusetzen

und die Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Internationalen Jugendarbeit auch „nach innen“ für eine konstruktive Auseinandersetzung mit der multikulturellen Lebenswelt in Deutschland zu nutzen.

- Die interkulturelle Kompetenz von Jugendlichen zu stärken bedeutet zunächst, die entsprechenden Kompetenzen der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie der Leitungsorgane zu stärken und den fachlichen Austausch über Konzepte, Methoden und Ziele zu fördern. Eine seiner Hauptaufgaben sieht der Landesjugendring NRW daher in der Qualifizierung der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für interkulturelle Aufgaben. In der interkulturellen pädagogischen Arbeit brauchen haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte nicht nur Kenntnisse über andere Kulturen und Sozialgefüge, sondern gefordert ist auch der kompetente Umgang mit eigenen Bewertungen, Akzeptanzschwellen, die Diskussion um Gemeinsames und Verschiedenes sowie die eigene Reflexionsfähigkeit.

Politische Forderungen

Bildungsbenachteiligungen abbauen

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass in keinem anderen Land Bildungsbeteiligung und Lernerfolg bei Mädchen und Jungen so stark von sozialer Herkunft abhängen wie in Deutschland. Dies trifft in besonderem Maße Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund, die hinsichtlich ihrer Bildungsbeteiligung deutlich benachteiligt sind und überdurchschnittlich häufig in der Schule scheitern. Das hat gravierende Konsequenzen für die individuellen Bildungsverläufe: Die versagten Bildungsabschlüsse versperrten den Zugang zu qualifizierter beruflicher Ausbildung, vielfach auch zum Arbeitsmarkt generell und verhindern somit Integrationsbemühungen und den Aufbau einer beruflich erfolgreichen Lebensperspektive. Der Anteil von Mädchen mit Migrationshintergrund an höheren Schulabschlüssen ist zwar größer, ihre Ausbildungschancen sind im Vergleich zu Nichtmigrantinnen jedoch weitaus weniger aussichtsreich.⁴⁷

Unverzichtbar ist eine Bildungsoffensive, die in den Blick nimmt, dass ein Großteil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland und insbesondere in den Ballungsgebieten aus Familien mit Migrationshintergrund stammen. Um Kindern und Ju-

⁴⁷ Vgl. Konsequenzen aus der PISA-Studie, Vorlage an den LWL-Landesjugendhilfeausschuss, Mitteilungen LJA WL 152/2002; Vgl. Lothar Theodor Lemper: Pisa und Migration, Vortrag „7. Forum Migration“ der Otto Bennecke Stiftung, Wissenschaftszentrum Bonn, 2002; vgl. Mona Granato: Qualifizierungspotentiale in Deutschland nutzen: Jugendliche mit Migrationshintergrund und berufliche Ausbildung. Stuttgart, 2001

gendlichen mit Migrationshintergrund Chancengleichheit zu ermöglichen, sind Bildung und Ausbildung, aber auch Erleichterungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zentrale Themen. Es gilt, die Lebensbedingungen von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund stärker in die Bildungsplanung einzubeziehen und auf individuelle Förderungen statt auf Mechanismen zur Selektion zu setzen, um die bestehenden Bildungsbenachteiligungen abzubauen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf dem Abbau der Benachteiligungen von Mädchen und jungen Frauen liegen. Zum Abbau von Bildungsbenachteiligungen gehört auch eine internationale Regelung zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Ausbildungsabschlüssen. Durch die Einstufung auf niedrigerem Qualifikationsniveau sind insbesondere junge Frauen und Männer, die nach der Absolvierung ihrer Schullaufbahn bzw. Ausbildung in die Bundesrepublik einwandern, vor besondere Schwierigkeiten bei der Eingliederung in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt gestellt. Hier sollte eine internationale Anerkennung von Abschlüssen ermöglicht werden, damit Lernen und Arbeiten in Deutschland auch für Fachkräfte möglich ist, die ihre Qualifikationen nicht in Deutschland erworben haben.

Gleiche Rechte für Flüchtlingskinder

Die UN-Kinderkonvention sieht vor, dass alle Kinder gleich zu behandeln sind und ihnen die gleichen Rechte zu gewähren sind. Das Recht auf Bildung und damit auf gleichberechtigte Teilhabechancen gilt jedoch nicht für alle Kinder in NRW. Vielmehr ist dieses Recht für Kinder, die als Flüchtlinge und Asylbewerber mit ihren Familien nach Deutschland kommen, unzureichend gesetzlich abgesichert.

Der Landesjugendring NRW begrüßt die Einführung der Schulpflicht auch für junge Flüchtlinge in NRW. Mit der Ausdehnung der Schulpflicht auf alle Kinder wird endlich eine wesentliche Forderung der UN-Kinderrechtskonvention erfüllt, nämlich die Gleichbehandlung aller Kinder, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.

Darüber hinaus muss jungen Flüchtlingen jedoch auch der uneingeschränkte Zugang zur beruflichen Ausbildung bzw. zum Arbeitsmarkt sowie eine angemessene Förderung als Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in das deutsche Bildungssystem gewährt werden.

Auch die vollständige Aufhebung des ausländerrechtlich begründeten Vorbehalts zu Art. 22 der UN-Kinderrechtskonvention ist längst überfällig.

Datenbasis schaffen für die Ermittlung des tatsächlichen Handlungsbedarfs

Jugendliche mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass besitzen, wie z. B. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler oder inzwischen ein-

gebürgerte Jugendliche, werden in den kommunalen Statistiken bisher nicht besonders ausgewiesen. Tatsächlich aber sind viele dieser Kinder und Jugendlichen mit denselben Problemen konfrontiert, vor denen auch Kinder und Jugendliche mit ausländischem Pass stehen. Durch die fehlende Datenbasis wird der konkrete Handlungsbedarf jedoch verschleiert.

Modellhaft ist hier die Stadt Köln, die in ihren statistischen Angaben zur Einwohnerentwicklung den traditionellen Ausländerbegriff auf den Anteil der *Einwohner mit Migrationshintergrund bzw. ausländischer Herkunft* an der Gesamtbevölkerung erweitert hat. Dieser Begriff umfasst neben dem nichtdeutschen Bevölkerungsteil zusätzlich eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer sowie Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, zu denen insbesondere Aussiedlerinnen und Aussiedler gehören. Insgesamt wohnen 257.600 Personen mit Migrationshintergrund in Köln, sie stellen damit ca. ein Viertel der Gesamtbevölkerung.⁴⁸ In der Altersgruppe bis 14 Jahre beträgt dieser Anteil bereits heute 40 Prozent.⁴⁹ Die Stadt Köln verfügt damit über wesentlich aussagefähigere Ergebnisse, denen eine große Bedeutung bei der Planung für Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen z. B. bei der Platzierung und fachlichen Ausstattung von Kindergärten, Schulen, kulturellen oder sozialen Angeboten zukommt.

Der Landesjugendring fordert die Kommunen in NRW dazu auf, sich dem Beispiel der Stadt Köln anzuschließen und damit eine reelle Basis für die Planung der erfolgreichen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu schaffen.

Strukturelle Konsequenzen

Der Landesjugendring NRW widmet sich intensiv den Fragen, wie sich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien auf allen Ebenen der Jugendverbände und in allen Angebotsbereichen verbessern lässt, wie eine interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit konzeptionell aussehen und realisiert werden kann. Die Ressourcen dafür werden bisher aus den Mitteln der Jugendverbände bzw. dem Etat des Landesjugendringes finanziert. Neben den kostenneutralen Möglichkeiten der Jugendverbände, zu einer interkulturellen Öffnung beizutragen, wie z. B. durch die Berücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund bei der

⁴⁸ Kölner Statistische Nachrichten: 2003 Nr. 2

⁴⁹ Der Wert von knapp 257.600 Personen kennzeichnet allerdings nur die untere Grenze, da sich durch fehlende Angaben aus anderen Gemeinden oder früheren Einbürgerungsdaten statistische Verzerrungen ergeben. Der Anteil von Personen mit ausländischer Herkunft wird insbesondere in den Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen gravierend unterschätzt. Bei den unter 3-jährigen steht einem Ausländeranteil von 10,8 % mit 36,9 % ein mehr als dreimal höherer Anteilswert mit Migrationshintergrund gegenüber. (Vgl. Kölner Statistische Nachrichten: 2003, Nr. 2, S. 7f)

Besetzung von haupt- und ehrenamtlichen Positionen im Verband, ist es sinnvoll, diesen Öffnungsprozess auch politisch zu stärken.

Der Landesjugendring NRW befürwortet eine landesweite interkulturelle Zusammenarbeit zwischen bestehenden Jugendverbänden und Migrantenselbstorganisationen. Grundsätzlich vertritt der Landesjugendring NRW die Position, dass für die pädagogische Arbeit der Jugendverbände und ihre Strukturen eine angemessene Förderung notwendig ist, die Planungssicherheit bietet. In Bezug auf die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien und die Finanzierung dieser Arbeit sind zwei Aspekte wesentlich:

- Zum einen brauchen Migrantengrundverbände und Migrantenselbstorganisationen, die Jugend(verbands)arbeit betreiben, eine öffentlich geförderte finanzielle Grundlage, die den Auf- und Ausbau ihrer Arbeit ermöglicht.
- Zum anderen wird es immer schwieriger, mit den zunehmend knapper werdenden Mitteln die Herausforderung der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien so zu meistern, dass sich ihr Anteil an der Partizipation von Angeboten der Jugendverbände deutlich erhöht.

Die Finanzierungsgrundlage von Migrant(en)organisationen stellt sich als sehr unbeständig dar und ist stark geprägt durch Mischfinanzierungen mit einem hohen Eigenanteil, der es nur einem kleinen Teil der Organisationen ermöglicht, hauptberufliches Personal dauerhaft zu beschäftigen. Um eine finanzielle Förderung überhaupt zu erreichen, ist ein relativ hoher Arbeitsaufwand der überwiegend ehrenamtlichen Kräfte und ein guter Überblick über Förderungsmöglichkeiten und Antragsverfahren notwendig. Die Jugendverbände in NRW fordern den weiteren Ausbau von Unterstützungsmöglichkeiten für Migrantenselbstorganisationen und verpflichten sich, die eigenen Angebote zur Unterstützung von Migrant(en)organisationen ebenfalls zu intensivieren.

In Bezug auf den Landesjugendplan spricht sich der Landesjugendring NRW dafür aus, dass neu hinzukommende Träger der Jugendarbeit bzw. Jugendverbände ebenso an Mitteln des Landesjugendplanes partizipieren sollten. Der Landesjugendring NRW fordert die Aufstockung des Landesjugendplans um zusätzliche Mittel für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Der Landesjugendring NRW fordert, dass Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Partizipation für alle Menschen in NRW in allen Bereichen der Gesellschaft gelten müssen und eine gelungene Integration dem Land Nordrhein-Westfalen etwas wert sein sollte!

Kommentar:

Gesellschaftlicher Friede – nur mit den Muslimen, nicht gegen sie!

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden; Pax Christi Deutsche Sektion; Schura, Rat der islamischen Gemeinden in Hamburg; Zentralrat der Muslime in Deutschland

Der gesellschaftliche Friede gerät in Gefahr! Eine Welle antiislamisch gefärbter Berichte und Äußerungen geht durch die Medien. Besonders beunruhigend ist hierbei der Verfall der Objektivität und Diskussionskultur, auch bei Politikern. Angesichts einer aufgeheizten Debatte, die sowohl bei christlichen wie bei muslimischen Mitbürgern Angst erzeugt und einen Konflikt eskaliert, statt zu seiner Lösung beizutragen, fühlen wir uns verpflichtet, einige Punkte klarzustellen.

Diese Stellungnahme zur aktuellen Situation wird von Christen und Muslimen abgegeben, die in dem Projekt „Christlich-islamische Friedensarbeit in Deutschland“ zusammenarbeiten. Träger des Projekts sind: die „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF), „Pax Christi“ Deutsche Sektion, der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ und die „Schura, Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg“.

Wir leben in einer Gesellschaft

Kulturelle und religiöse Pluralität kennzeichnen dauerhaft das Bild der Gesellschaft in Deutschland wie in anderen Ländern. Zwar ist es richtig, dass die deutsche Gesellschaft von den Traditionen und Werten des christlichen Abendlandes geprägt ist. Doch hat diese Gesellschaft den Prozess der Aufklärung und der Säkularisierung durchlaufen, der zur Trennung von Staat und Kirche sowie zur positiven Bestätigung kultureller und religiöser Pluralität geführt hat. Es gehört indes zur gesellschaftlichen Realität, dass sich ein gewichtiger Anteil der Bevölkerung überhaupt keiner Religion zugehörig weiß. Die größte religiöse Minderheit in unserem Land bildet heute die Bevölkerung islamischer Religionszugehörigkeit oder Herkunft. Sie ist in sich selbst von großer kultureller Vielfalt.

Angesichts dieses Tatbestands ist es nicht nur unsachgemäß, sondern geradezu fahrlässig, wenn heute behauptet wird, das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sei gescheitert, und dessen Vertreter als „Multikulti-Gutmenschen“ verspottet werden. Gescheitert ist vielmehr eine verfehlte Politik, deren oberster Grundsatz über Jahrzehnte und für drei Zuwanderergenerationen es war, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Wenn es keine Einwanderer gibt, sind auch keine Bemühungen um eine nachhaltige Integration der

hier lebenden Ausländer nötig. Dann reichen die kleinen sprachlichen, rechtlichen und sozialen Hilfestellungen, die den befristeten Aufenthalt der „ausländischen Mitbürger“ regeln. Integration wurde, wenn überhaupt, nur halbherzig betrieben. Der fehlenden politischen Bemühung entsprach die Gleichgültigkeit der Bevölkerung, die höchstens gereizt auf hohe Ausländeranteile in Schulklassen und ähnliche eigene Beeinträchtigungen reagierte. Die Folgen dieser Weigerung, die Realität zur Kenntnis zu nehmen und Konsequenzen daraus zu ziehen, holen uns heute ein.

Gleichwohl gilt es mit Nachdruck festzuhalten: Muslime zahlen Steuern an den deutschen Staat, gehen in deutsche Kindergärten und Schulen, dienen in der deutschen Bundeswehr, mehr als 800.000 Muslime sind deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger. Sämtliche muslimischen Spitzenorganisationen haben sich eindeutig zum deutschen Grundgesetz bekannt und stehen zu unserer pluralistischen Gesellschaft. Zwei Beispiele:

„Ob deutsche Staatsbürger oder nicht, bejahen die im Zentralrat vertretenen Muslime daher die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.“ (Islami-sche Charta, Zentralrat der Muslime in Deutschland)

„Für uns Muslime ist gesellschaftliche Vielfalt eine von Gott gewollte und somit positive Erscheinung. Wir bekennen uns vorbehaltlos zu dieser demokratischen Grundordnung und sehen hierin auch keinen Widerspruch zu den Prinzipien und Lehren unseres Glaubens.“ (Grundsatzpapier, Schura Hamburg)

Unangemessen und gefährlich ist daher die Verwendung des Modeworts „Parallelgesellschaften“, das suggerieren soll, Muslime würden sich außerhalb der deutschen Gesellschaft bewegen. Richtig ist allerdings, dass der Großteil der in Deutschland lebenden Muslime einen Migrationshintergrund hat und dass sich als Resultat gescheiterter Integrationspolitik ein Teil dieser zugewanderten Familien in ein „abgekapseltes“ Privatleben zurück gezogen hat. Doch liegt die Ursache dafür nicht im religiösen Bekenntnis, wie ähnliche Erscheinungen bei anderen Gruppen von Zuwanderern zeigen.

Integration ist keine Einbahnstraße

Der gesellschaftliche Friede kann nur durch eine konsequente und umfassende Bemühung um Integration auf der Grundlage kultureller und religiöser Pluralität erhalten werden. Wir - Christen und Muslime - appellieren an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, sich dieser Aufgabe ernsthaft, mit Nachdruck und mit dem langen Atem, der nötig ist, anzunehmen. Sonst werden

die Schreckensbilder, die heute schon beschworen werden, tatsächlich zur Realität.

Eine gelingende Integration muss Voraussetzungen erfüllen und Ziele anstreben. Dazu gehören:

- Integration bedeutet, dass Mehrheit und Minderheit sich aufeinander einlassen. Integration ist keine einseitige Bringschuld der Minderheit, sondern muss von beiden Seiten geleistet werden und verändert beide Seiten. Im Gegenteil: Integration kann nur gelingen, wenn die Mehrheit den ersten Schritt tut. Es ist deshalb falsch, wenn heute allein von den hier lebenden Muslimen mehr Integrationsbereitschaft gefordert und dies mit der Androhung von Sanktionen verbunden wird, ohne gleichzeitig den Beitrag der gesellschaftlichen Mehrheit zu benennen und daran zu arbeiten. So sollte beispielsweise die Akzeptanz des Islam als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft endlich voran gebracht werden – von einer angemessenen Behandlung des Islam im Schul- und Bildungswesen bis zum Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien.

- Kenntnis und Gebrauch der deutschen Sprache ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Integration. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wenn durch das neue Zuwanderungsgesetz dem Sprachunterricht Priorität zugemessen wird. Allerdings ist das Angebot im Vorschul- und Schulbereich sowie für Erwachsene bisher gänzlich unzureichend. Wesentlich größere Anstrengungen sind nötig, wenn die Forderung nach Standardkenntnissen der deutschen Sprache nicht durch Mangel an Lernangeboten ins Leere gehen soll. Dagegen ist der Vorschlag, in den Moscheen sollten nur noch Predigten in deutscher Sprache erlaubt sein, eine untaugliche Diskriminierung. Dabei geht es ja auch nicht um Sprachförderung, sondern um Kontrolle.

- Integration verlangt Partnerschaft „auf gleicher Augenhöhe“ – unabhängig von Mehrheits- und Minderheitsverhältnissen. Es ist richtig, dass die Werteordnung des Grundgesetzes nicht zur Diskussion steht. Sie gilt für alle hier lebenden Menschen und muss von allen respektiert werden. Es ist aber eine andere Sache, wie man damit umgeht. Vielfach ist es nicht gelungen, gerade jungen Menschen der zweiten und dritten Zuwanderergeneration eine positive Erfahrung und Beziehung zu dieser Werteordnung zu vermitteln. Sie erleben nicht Achtung, sondern Ausgrenzung, nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit der Chancen. Wie sollen sie ein Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Land und seinen Werten entwickeln, wenn sie nicht erfahren, willkommen zu sein und gebraucht zu werden? Ist es verwunderlich, wenn sie sich abwenden und Ordnungen aus ihrer alten Welt suchen? Wenn die These stimmt, dass ein

wesentlicher Grund für den Hass gegen den Westen in dem Gefühl Jahrhunderte langer Erniedrigung vor allem der arabischen Welt durch die westlichen Mächte liegt, dann sollten, wenn es um Integration geht, Fragen der Werteordnung und des Selbstwertgefühls mit Respekt und Sensibilität behandelt werden.

- Selbstbestimmung und religiöse Freiheit gehören zum rechtlichen Grundbestand, den der freiheitliche Staat des Grundgesetzes jedem und jeder seiner Bürger und Bürgerinnen garantiert. Es gehört zu den Voraussetzungen gelingender Integration der hier lebenden Muslime, dass dieses Recht verwirklicht werden kann – nicht nur im Gegenüber zur christlichen oder säkularen Mehrheitsgesellschaft, sondern auch zur eigenen islamischen Minderheit. Es ist falsch, gegen Buchstaben und Geist des Grundgesetzes und schadet dem Christentum, diesem Land eine christliche Leitkultur verordnen zu wollen. Es ist aber ebenso falsch, im Namen des Islam das Recht auf Selbstbestimmung für irgendeinen Menschen zu beschneiden oder außer Kraft setzen zu wollen. Das müssen sich die islamischen Familien, Gemeinden und Gruppierungen im Blick auf ihre eigenen Mitglieder sagen lassen.

- Judentum, Christentum und Islam, die die religiöse Öffentlichkeit in unserem Land prägen, tragen Elemente der gegenseitigen Abgrenzung und des Konflikts, mehr aber noch der Integration und Gemeinsamkeit in sich. Integration wird nicht gelingen, ohne dass sich die drei Religionen in einem offenen Diskurs darüber verständigen, welchen Beitrag sie jeweils zum religiösen, geistigen und sozialen Leben der ihnen gemeinsamen Gesellschaft leisten und wie sie dadurch das Gemeinwesen mit gestalten wollen. Es gilt, diesen Diskurs verstärkt zu führen und dabei die zentrale Bedeutung, die der Friede in allen drei Religionen hat, in den Vordergrund zu rücken.

Prüfstein der offenen Gesellschaft ist der Umgang mit ihren Feinden

Ausgangspunkt der gegenwärtigen Debatte ist die Frage, wie sich Staat und Gesellschaft gegen radikale Terroristen, die zur Gewalt bis hin zum Mord bereit sind, absichern können. Extremismus und Gewaltbereitschaft sind jedoch nicht auf Straftäter beschränkt, die sich als Muslime bezeichnen. Die Anschläge der letzten Wochen in den Niederlanden galten mehrheitlich islamischen Moscheen und Einrichtungen und in Deutschland war es ebenfalls eine Moschee, die brannte. Auch sollte nicht vergessen werden, was vor zehn Jahren in Rostock, Mölln, Solingen und anderswo geschehen ist.

Gemeinsam ist den Gewalttätern von rechts wie auch den Gewalttätern mit vermeintlich religiösen

Motiven die Feindschaft gegenüber der offenen Gesellschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie würden gewinnen, würden wir die Grundwerte unseres Rechtsstaats aushöhlen. Die Spannung zwischen dem staatlichen Sicherheitsinteresse und dem rechtsstaatlichen Schutz des Einzelnen darf deshalb nicht zu Lasten der individuellen Persönlichkeitsrechte einseitig aufgehoben werden. Auch Kontrolle und Strafverfolgung muss in einer freien demokratischen Gesellschaft, will sie sich nicht selbst aufgeben, nach rechtsstaatlichen Regeln gehandhabt werden.

Der Ruf nach einer neuerlichen Verschärfung der Ausländergesetze ist unnötige Stimmungsmache. In erster Linie stehen praktische Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion. Wie soll überprüft werden, ob eine Predigt verfassungsfeindliche Aussagen enthält? Wie sollen Extremisten identifiziert und justiziabel werden? Auf diesem Felde werden allerlei Vorschläge gemacht, die jedoch größtenteils eher die Hilflosigkeit als die Effizienz von Verfassungsschutz und polizeilicher Praxis signalisieren.

Uns ist bewusst, dass Deutschland keine „Insel der Seligen“ ist, sondern dass die hier lebenden Menschen hineingezogen sind in die ideologisch aufgeladene Polarisierung zwischen „Islamismus“ und „Westen“, die seit einigen Jahren die weltpolitische Szene bestimmt. Sie hat dazu geführt, dass die hier lebenden Muslime unter dem Generalverdacht stehen, wenigstens heimlich mit einem so genannten Islamismus zu sympathisieren oder sogar den sich muslimisch nennenden Terror zu unterstützen. Die muslimischen Verbände können noch so oft und laut erklären, dass sie auf dem Boden von Demokratie und Rechtsstaat stehen und Gewalt und Terroranschläge verurteilen, immer wird ihnen vorgehalten, dass sie sich nicht genügend davon distanzieren.

Der radikale, gewaltbereite Extremismus ist eine ernste Herausforderung. Der Staat hat den Auftrag, ihm mit geeigneten Mitteln entgegen zu treten und die im Lande lebenden Menschen zu schützen. Man kann ihm aber nicht dadurch begegnen, dass eine ganze Bevölkerungsgruppe von drei Millionen Menschen pauschal damit in Verbindung gebracht und sprachlich sowie emotional diskriminiert wird. Ebenso wenig ist die Aufgabe rechtsstaatlicher Prinzipien von der Inhaftierung ohne ausreichende Beweise bis zum unverhältnismäßigen Einsatz von Sicherheitskräften gegenüber religiösen Gemeinschaften ein geeignetes Mittel. Es darf auch nicht sein, dass Angst als Mittel eingesetzt wird, um Wählerstimmen zu gewinnen oder Auflagen zu steigern. Das alles führt lediglich dazu, dass Tendenzen zur Radikalisierung verstärkt und der Teufelskreis zwischen der mehrheitlichen Ablehnung der muslimischen

Minderheit und deren Distanzierung von dieser Gesellschaft fortgesetzt werden.

Es ist ein vielfach bewährter Grundsatz gewaltfreier Konfliktbearbeitung, dass die wichtigste Methode im Umgang mit drohenden und eskalierenden Konflikten diejenige der Prävention ist. Prävention kann in der aktuellen Krisensituation dieser Gesellschaft nur heißen: Integration. Wir haben zu lange nichts oder zu wenig getan. Wir können nicht länger warten!

Hannover / Hamburg / Bad Vilbel, 23. November 2004

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) (www.friedensdienst.de)
 Pax Christi Deutsche Sektion (www.paxchristi.de)
 Zentralrat der Muslime in Deutschland (www.zentralrat.de)
 Schura, Rat der islamischen Gemeinden in Hamburg (www.schura-hamburg.de)

Zur Diskussion gestellt

Im nachfolgenden Beitrag plädiert Michael Kohlstruck für eine Trennung des politischen vom pädagogischen Diskurs um Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, da angesichts der politischen Verantwortung für die Shoah ein Duktus im politischen Diskurs angeschlagen werden müsse, der in der Pädagogik - zumal eines Einwanderungslandes - als moralisch aufgeladen oft auf Abwehr von Jugendlichen trifft.

Dieses Plädoyer wird Widerspruch erzeugen, regt aber eine Debatte um Erinnerung und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft an. Angesichts des 60. Jahrestages des Kriegsendes und des 50. Jahrestages des ersten Arbeitskräfteabkommens zwischen Italien und Deutschland im kommenden Jahr wird IDA-NRW eine Tagung zum Thema „Erinnerung und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft“ (Arbeitstitel) durchführen, die u. a. der Frage nach Identitätsbildung und Integrationschancen von MigrantInnen durch eine adäquate Thematisierung und Präsentation von Migrationsgeschichte(n) nachgehen wird. Bei dieser Tagung wird auch diskutiert werden, wie die Shoah und das besondere Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Juden und Jüdinnen den hier lebenden MigrantInnen vermittelt werden kann. Wir werden der Frage nachgehen, wie Genozide in der Geschichte der Herkunftsländer der hier lebenden Migrantinnen und Migranten in Deutschland thematisiert werden können. Es wird darüber gesprochen werden, welche Konsequenzen die Thematisierung von Migrationsgeschichte(n) sowie nicht-deutscher Geschichte für Geschichtsdidaktik, Museumspädagogik und Identitätsbildung von Migrantinnen und Migranten in der Einwanderungsgesellschaft hat.

tätsbildung von Migrantinnen und Migranten in der Einwanderungsgesellschaft hat.

Für eine unterschiedliche Thematisierung von Antisemitismus in Pädagogik und Politik

Michael Kohlstruck

1. Antisemitismus ist heute in Deutschland ein Thema, das moralisch besonders aufgeladen ist. Der Vorwurf des Antisemitismus etwa wiegt schwerer als der Vorwurf des Antislawismus oder der Islamfeindschaft. Antisemitische Kommunikation und antisemitische Handlungen werden von vielen engagierten Initiativen aufmerksam beobachtet, dokumentiert und öffentlich angeprangert. Bei zahlreichen Veranstaltungen und in Publikationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird der Antisemitismus als eigenes Problem gesondert benannt, obwohl er begriffslogisch sowohl als ein Phänomen von Fremdenfeindlichkeit wie von Rechtsextremismus betrachtet werden kann. Nicht zuletzt dokumentiert sich in der Existenz eines eigenen Institutes für Antisemitismusforschung die Tatsache, dass man der Ablehnung und der Feindschaft gegen Juden ein höheres Gewicht beimisst als der Ablehnung von anderen religiösen, kulturellen oder ethnischen Minderheiten im eigenen Land oder der Feindschaft gegen andere Völker.

2. Der besondere Status des Themas Antisemitismus ist in der deutschen Geschichte begründet. Während des NS-Regimes war es erklärtermaßen ein Ziel des deutschen Staates, die europäischen Juden auszurotten. Entrechtung, Verfolgung, Vertreibung und systematische, industriell betriebene Vernichtung der Juden in Deutschland und in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten waren die grausame Konsequenz dieser antisemitischen Politik. Der Mord an den europäischen Juden gehört zu den schlimmsten Verbrechen der Weltgeschichte.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Der deutsche Staat der Gegenwart ist damit verantwortlich für materielle Leistungen an die Opfer des Nationalsozialismus im Rahmen der Wiedergutmachung. Das politische Gemeinwesen ist gleichfalls dafür verantwortlich, dass der Ermordeten gedacht wird und dass die Erinnerung an dieses Staatsverbrechen wach gehalten wird. Die historische Bildungsarbeit in Gedenkstätten und in Schulen sowie die Einrichtung von Gedenktagen dienen der Erinnerung an die historischen Großverbrechen.

Es ist richtig, den antisemitischen Verbrechen der Nazis eine besondere Bedeutung beizumessen und sich heute im öffentlichen Gedenken dieser

deutschen Verbrechen zu erinnern. Für die pädagogische Bearbeitung antisemitischer Sprüche und Handlungen von jungen Leuten heute stellt indes das hohe moralisch-politische Gewicht der Erinnerung an den historischen Antisemitismus eine Hypothek dar.

3. Im Alltagsleben jeder offenen, teilweise auch von Migration geprägten Gesellschaft gibt es Vorurteile, Schmähungen, Beleidigungen und auch gewalttätige Übergriffe auf Angehörige nahezu aller Minderheiten - vorausgesetzt, sie sind situativ unterlegen und gehören ihrem Image nach zu den statusschwachen Gruppen. Solche Vorfälle sind eine Herausforderung an die Politik, an die Gesellschaft im allgemeinen und an einzelne Professionen im Besonderen. Aufgabe der Pädagogik ist es, junge Leute in ihrem individuellen Bildungsprozess zu unterstützen und sie zu einem regelgeleiteten friedlichen Umgang mit ihren Mitmenschen zu erziehen. Missgünstige und gehässige Äußerungen über andere Bevölkerungsgruppen und Völker oder gar Tötlichkeiten erfordern jeweils klare Normverdeutlichungen, die auch Strafen umfassen können. Ein angemessenes Eingehen auf den jeweiligen Fall und auf die Individualität aller Beteiligten gehört dabei zum Spezifikum des pädagogischen Handelns. Doch auch das Nachfragen nach der jeweiligen subjektiven Bedeutung einer Integritätsverletzung steht im Zusammenhang mit der Verdeutlichung von Regeln des friedlichen Zusammenlebens: Respekt vor den Mitmenschen und zivile Verfahren der Konfliktaustragung gehören dabei zu den Kernelementen.

4. Moralische Regeln nun sind immer allgemein. Die Schmähung eines arabischen oder eines afrikanischen Mitschülers unterscheidet sich in ihrem verwerflichen Gehalt grundsätzlich nicht von anti-deutschen oder antijüdischen Äußerungen. So wie alle Personen gleichermaßen Anspruch auf Respekt haben, so wiegen auch Missachtungen und Verachtungen gleich schwer. Das Prinzip der Gleichheit und der Reziprozität sind feste Elemente der Moralerziehung. Nur unter der Voraussetzung, dass alle den gleichen Anspruch auf Respekt haben und die Interventionen gegen alle Arten von Achtungsverletzungen gleichrangig sind, kann man für Verständnis werben, auf Einsicht in die Richtigkeit moralischer Regeln hinarbeiten und schließlich auch deren Geltung durchsetzen.

5. Die Erinnerung an die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges soll wachgehalten werden. Dies aber ist eine andere Aufgabe als die pädagogische Auseinandersetzung mit aktuellen antisemitischen Äußerungen bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Die historisch begründete, besondere Bedeutung, die dem maß-

losen Unrecht am jüdischen Volk heute in der politischen Kultur Deutschlands zu Recht beigemessen wird, sollte daher stärker als bisher gedanklich unterschieden werden von der pädagogischen Auseinandersetzung mit aktuellen antisemitischen Äußerungen und Handlungen von jungen Leuten. Es ist im Hinblick auf den gewünschten Lernerfolg einer Regelinternalisierung nicht sinnvoll, antisemitische Schmähungen anders zu behandeln als antitürkische oder antideutsche. Die jungen Mitglieder von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Nationalität, unterschiedlichen Glaubens oder Kultur haben primär moralische und rechtliche Regeln des Zusammenlebens zu lernen. Der Gedanke der Gleichheit und der Reziprozität ist hierbei zentral. Zu den Aufgaben der historischen Bildungsarbeit hingegen gehört die Vermittlung von Geschichte, sie setzt damit den Akzent auf das Besondere und damit auch auf besonders scheußliche Verbrechen und die einzelnen Gruppen, die zu Opfern wurden.

6. Von allen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, kann die Achtung vor dem geltenden Recht und der Erwerb der deutschen Sprache erwartet werden. Gesetze, nicht Gesinnungen bilden schließlich den stabilen Rahmen, in dem heterogene Staatsgesellschaften existieren. Zur wünschenswerten Allgemeinbildung aller in diesem Lande Lebenden gehört ein gewisses Maß an historischem Wissen über die Geschichte dieses Landes. Die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte sollte den Angehörigen der jüngeren Generation elementare historische Fakten vermitteln. Der Mord an den europäischen Juden ist Bestandteil der deutschen Geschichte, der als historisches Ereignis und als wichtiger Bezugspunkt deutscher Politik nach 1945 zum Basiswissen gehört. Einer alters- und zielgruppenspezifischen Vermittlung solchen geschichtlichen Wissens kann es gelingen, jungen Leuten das historisch belastete, besondere Verhältnis zwischen Juden und Deutschen verständlich zu machen. Eine darüber hinausgehende Anforderung an die moralische Bildungsarbeit ist es, die historisch begründete Besonderheit zu unterscheiden von den Regeln eines respektvollen Umgangs, die heute für alle in gleicher Weise gelten.

Dr. Michael Kohlstruck arbeitet am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und ist dort Leiter der "Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus".

Literatur und Materialien ...

... zum Thema Rechtsextremismus

📖 Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme (Texte zur Inneren Sicherheit), Berlin 2004

📖 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.): Das anti-demokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF publik), Bonn 2001



📖 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.): Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen, Düsseldorf 2004

📖 Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg e. V. (RAA Brandenburg) (Hg.): Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Unterricht (Interkulturelle Beiträge 32), Brandenburg 2000

📖 Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin: Christoph Links Verlag, 2004

📖 Schroeder, Klaus: Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, 2004

📖 Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.): Gareis, Sven Bernhard/Kozielski, Peter-Michael/Kratschmar, Michael: Rechtsextreme Orientierungen in Deutschland und ihre Folgen für die Bundeswehr (SOWI-Arbeitspapier, Nr. 129), Strausberg 2001

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

📖 Bergmann, Werner/Körte, Mona (Hg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, Berlin: Metropol Verlag, 2004

📖 Blumenwitz, Dieter/Gornig, Gilbert H./Murswiek, Dietrich (Hg.): Minderheitenschutz und Demokratie (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 20), Berlin: Duncker & Humblot, 2004

📖 Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. (Hg.): Gut gemeint = gut gemacht? Voraussetzungen für wirksame Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (Aspekte Jugendsozialarbeit, Nr. 52), Düsseldorf 2004

📖 DGB Bildungswerk e. V., Bereich Migration & Qualifizierung (Hg.): Chancengleichheit braucht Aktivität - Anti-Diskriminierung in der Arbeitswelt. Tagung vom 20. bis 21. März 2003 in Stuttgart (Schriftenreihe Migration & Arbeitswelt, Bd. 21), Düsseldorf o. J.

📖 Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (Hg.): Gleichstellung sowie Bekämpfung von Diskriminierungen in einer erweiterten Europäischen Union - Grundbuch (Grundrechte & Bekämpfung von Diskriminierungen), Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2004

📖 Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (Hg.): Gleiche Rechte

in der Praxis. Wichtige Stimmen 2004 (Grundrechte & Bekämpfung von Diskriminierungen), Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2004

📖 European Network Against Racism (ENAR) (Hg.): Gleichstellung als Querschnittsansatz in Recht und Politik der Europäischen Union, Brüssel 2004

📖 Gessler, Philipp: Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität (Herder spektrum, Bd. 5493), Freiburg: Verlag Herder, 2004

📖 LIDIA Bayern – Landesinitiative für Demokratie, interkulturelle Verständigung und Antirassismus (Hg.): Fortbildungsübersicht. Organisationen, Angebote, ReferentInnen zum Thema Antirassismus und Interkulturelle Verständigung in Bayern, München 2004

📖 Müller-Heidelberg, Till/Finckh, Ulrich/Steven, Elke u. a. (Hg.): Grundrechte-Report 2004. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2004

📖 Öffentlichkeit gegen Gewalt e. V./AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/cyberNomads (cbN) (Hg.): TheBlackBook. Deutschlands Häutungen, Frankfurt a. M./London: IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 2004

📖 Priester, Karin: Rassismus. Eine Sozialgeschichte, Leipzig: Reclam Verlag, 2003

📖 Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 2004

📖 Rauscher, Hans: Israel, Europa und der neue Antisemitismus. Ein aktuelles Handbuch, Wien: Molden Verlag, 2004

📖 Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004

... zum Thema Zuwanderung und Migration

📖 Bade, Klaus J./Bommes, Michael/Münz, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2004. Fakten - Analysen - Perspektiven, Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 2004

📖 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.): Religion - Migration - Integration in Wissenschaft, Politik und

Gesellschaft. Fachtagung am 22. April 2004. Dokumentation, Berlin/Bonn 2004

📖 Bednarz-Braun, Iris/Heß-Meining, Ulrike: Migration, Ethnie und Geschlecht. Theorieansätze - Forschungsstand - Forschungsperspektiven (Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Gender), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004

📖 Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hg.): Gesemann, Frank: Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme - Ursachenanalyse - Präventionsmaßnahmen (Berliner Beiträge zur Integration und Migration), Berlin 2004

📖 Böcker, Anita/de Hart, Betty/Michalowski, Ines (Hg.): Migration and the Regulation of Social Integration. Special Issue (IMIS-Beiträge, Heft 24/2004), Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, 2004

📖 Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JAW) (Hg.): Jugendsozialarbeit und Integration (Jugend Beruf Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Heft 1/2003), Bonn 2003

📖 Der Paritätische Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. (Hg.): Regionale und landesweite Beratung von MigrantInnenselbstorganisationen. 3 Jahre Fachberatung MigrantInnenselbsthilfe. Bericht über die Arbeit der mit Landesmitteln geförderten Fachberatung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen e. V. im Zeitraum Juli 2000 bis Juli 2003, Wuppertal o. J.

📖 Deutsches Jugendinstitut e. V., Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hg.): Die mitgenommene Generation. Aussiedlerjugendliche - eine pädagogische Herausforderung für die Kriminalitätsprävention, München 2002

📖 Dittrich, Andrea/Oeser, Stefanie/Svatosch, Heidrun u. a. (Hg.): FlüchtlingsLeben. Berichte aus Gera, Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, 2004

📖 Forschungsstelle Migration und Integration an der Pädagogischen Hochschule Freiburg (Hg.): Sinti und Roma (Interkulturell und Global. Forum für Interkulturelle Kommunikation, Erziehung, Bildung und globales Lernen, Heft 3/4, 2003), Freiburg 2003

📖 Fritz, Florian/Groner, Frank (Hg.): Wartesaal Deutschland. Ein Handbuch für die Soziale Arbeit mit Flüchtlingen (Dimensionen Sozialer Arbeit und der Pflege, Bd. 6), Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft, 2004

Frölich, Margrit/Haag, Felix/Nagel, Helga u. a. (Hg.): Interkulturalität in europäischer Perspektive. Jugendliche aus Migrationsfamilien und ihre Integrationschancen. Arnoldshainer Interkulturelle Diskurse 5 (wissen & praxis, Bd. 126), Brandes & Apsel Verlag: Frankfurt am Main, 2004

Georgi, Viola B./Schürmeyer, Marc: Zuwanderung und Integration. Ein Praxishandbuch für die politische Bildung, München: Forschungsgruppe Jugend und Europa, Centrum für angewandte Politikforschung, 2003

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Hg.): Wie gefährlich ist Segregation in Städten? (Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Heft 2/2004), Bielefeld 2004

Köck, Christoph/Moosmüller, Alois/Roth, Klaus (Hg.): Zuwanderung und Integration. Kulturwissenschaftliche Zugänge und soziale Praxis (Münchener Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation, Bd. 16), Münster: Waxmann Verlag, 2004

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung, Düsseldorf 2004

Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e. V./AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln (Hg.): Herkunft prägt Bildungschancen. Gleiche Bildungs- und Arbeitschancen für junge MigrantInnen, Köln 2003

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Hg.): Migration und Integration - Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, Nürnberg 2004

Storr, Christian/Albrecht, Rainer (Hg.): Das neue Zuwanderungsrecht. Textausgabe mit Einführung, Übergangsregelungen und Stichwortverzeichnis, Stuttgart/u. a.: Richard Boorberg Verlag, 2004

Süssmuth, Rita/Weidenfeld, Werner (Hg.): Managing Integration. The European Union's Responsibilities Towards Immigrants (CD-ROM), Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2004

Vorstand der Aktion Jugendschutz in Bayern (Hg.): Fremde Deutsche. Mädchen und Jungen aus Aussiedlerfamilien (proJugend. Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstellen Bayern und Schleswig-Holstein, Nr. 3/2002, Ausgabe Bayern), München 2002

Wierling, Dorothee (Hg.): Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2004

Winter, Bernd: Gefährlich fremd. Deutschland und seine Einwanderung, Freiburg: Lambertus-Verlag, 2004

Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Von Förderprogrammen zu Mainstreamingstrategien. Migrant/innen als Kunden und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Eine gemeinsame Fachkonferenz des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB Bildungswerks, Bereich Migration & Qualifizierung, am 1. Oktober 2002 in Bonn (Gesprächskreis Migration und Integration), Bonn 2003

... zu den Themen interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e. V. (AKJS): Kuhlemann, Medi: Wir sind dabei! Interkulturelles Lernen in der Kindertagesstätte, Kiel 2004

Bremshey, Christian/Hoffmann, Hilde/May, Yomb/Ortu, Marco (Hg.): Den Fremden gibt es nicht. Xenologie und Erkenntnis (Kulturwissenschaft, Bd. 2), Münster: Lit Verlag, 2004

Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) (Hg.): Enjoy the difference! Eine Kampagne der KJG für mehr Toleranz (CD-ROM), Neuss o. J.

Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) (Hg.): Trialog - Das multireligiöse Dialogprojekt von BJSJ, KJG und MJD, Neuss 2004

Erzeren, Ömer: Eisbein in Alanya. Erfahrungen in der Vielfalt deutsch-türkischen Lebens, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2004

Handschuck, Sabine/Klawe, Willy: Interkulturelle Verständigung in der Sozialen Arbeit. Ein Erfahrungs-, Lern- und Übungsprogramm zum Erwerb interkultureller Kompetenz (Pädagogisches Training), Weinheim/München: Juventa Verlag, 2004



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

**Zum Thema:
Migration**

Veronika Fischer,
Desbina Kallinikidou,
Birgit Stimm-Armingeon

**Handbuch
interkulturelle
Gruppenarbeit**

Studienausgabe

Pädagogische Anforderungen
für das Zusammenleben von
Menschen unterschiedlicher
kultureller Herkunft

ISBN 3-87920-628-7, 376 S.,
Studienausgabe € 24,80



Wochenschau-Themenheft

Migration

Kernthemen ist die Ausländerpolitik in Deutschland, die Geschichte und Facetten von Migration im Allgemeinen sowie in Deutschland, die Integrationsprobleme in Deutschland sowie Lösungswege zu einer zukunfts-tauglichen Migrationspolitik.

Best.-Nr. 2202, 48 S., € 8,80
Klassensatzpreis: € 5,50
ab 10 Exemplaren



Adolf-Damaschke-Str. 10, 65 824 Schwalbach/Ts.,
Tel.: 06196 / 8 60 65, Fax: 06196 / 8 60 60, e-mail: info@wochenschau-verlag.de

Landesjugendring Baden-Württemberg e. V. (Hg.): Ring frei - für Vielfalt. Arbeitshilfe zum Fairplay in der interkulturellen Jugendarbeit, Stuttgart 2004

Landeszentrum für Zuwanderung NRW (Hg.): Cakir, Sedat/Jungk, Sabine: SternStunden. Management-Handbuch für Zuwanderer-Vereine, Essen: Klartext Verlag, 2004

Mecheril, Paul: Einführung in die Migrationspädagogik (Beltz Studium), Weinheim/Basel: Beltz Verlag, 2004

Panier, Katrin: Zu Hause ist, wo ich verliebt bin. Ausländische Jugendliche in Deutschland erzählen, Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, 2004

Sauer, Joachim/Scholten, Alfons/Zaunseder, Bernhard W. (Hg.): Global Games. 70 Spiele und Übungen für interkulturelle Begegnungen, Freiburg: Verlag Herder/Verlag Haus Altenberg, 2004

Sportjugend im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e. V. (Hg.): Ein Leitfaden durch das Programm „Integration durch Sport“ der Sportjugend im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e. V., Duisburg 2004

Wochenschau Verlag (Hg.): Multikulturelle Demokratie. Perspektiven interkulturellen Lernens (kursiv - Journal für politische Bildung, Heft 2/2004), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2004

... zum Thema NS-Vergangenheit

Ahlheim, Klaus u. a.: Gedenkstättenfahrten. Handreichung für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2004

Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hg.): Ueberall, Jörg: Swing Kids, Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag, 2004

Haug, Verena/Knolle-Tiesler, Uta/Kößler, Gottfried: Deportationen (Konfrontationen. Bausteine für die pädagogische Annäherung an Geschichte und Wirkung des Holocaust, Heft 5), Frankfurt/Main: Fritz Bauer Institut, 2003

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Bernhardt, Markus: Das Spiel im Geschichtsunterricht (Methoden Historischen Lernens), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2003

Internationales Katholisches Missionswerk e. V., Fachstelle Menschenrechte, Oehring, Otmar (Hg.): Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von Zivilgesellschaften. Dokumentation einer Internationalen Fachtagung 11. bis 14. März 2002, Berlin, Bd. 2 (missio Menschenrechte, Bd. 22), Aachen 2004

Karakaşoğlu, Yasemin/Lüddecke, Julian (Hg.): Migrationsforschung und Interkulturelle Pädagogik. Aktuelle Entwicklungen in Theorie, Empirie und Praxis, Münster: Waxmann Verlag, 2004

Koptelzewa, Galina: Interkulturelle Kompetenz in der Beratung. Strukturelle Voraussetzungen und Strategien der Sozialarbeit mit Migranten, (Münchener Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation, Bd. 18), Münster: Waxmann Verlag, 2004

📖 Bertelsmann Stiftung (Hg.): ToP - Fit für Beteiligung. Ein Moderationshandbuch für Jugendliche, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2004

📖 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.): Demokratie lernen in Schule und Gemeinde - Demokratiepoltische und gewaltpräventive Potenziale in Schule und Jugendhilfe. Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF publik), Bonn 2001

📖 Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt/Paritätisches Jugendwerk NRW/Landesarbeitsgemeinschaft Jugendarbeit in NW e. V. (Hg.): Praxis der Jugendarbeit 3. Dokumentation der dritten Konferenz „Praxis der Jugendarbeit“ am 18.04.2002 in Köln, Köln 2003

... Verschiedenes

📖 Bernstein, Reiner: Geschichte des Staates Israel 2. Von der Gründung 1948 bis heute: Religion und Moderne (Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., Bd. 32), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 1998

📖 Deutsche Gesellschaft für die Vereinte Nationen e. V. (DGVN) (Hg.): Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt. Kurzfassung des Berichts über die menschliche Entwicklung 2004, Berlin 2004

📖 Deutsches Institut für Menschenrechte u. a. (Hg.): Jahrbuch Menschenrechte. Schwerpunkt: Frauenrechte durchsetzen!, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 2004

📖 Deutsches Jugendinstitut e. V. (Hg.): Datenbank Praximo. Modul „Gender Mainstreaming“ (CD-ROM), München/Halle 2004

📖 Hirsland, Katrin/Cecchini, Michela/Odom, Tanya M.: Evaluation in the Field of Education for Democracy, Human Rights and Tolerance. A Guide for Practitioners, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2004

📖 Meier-Cronemeyer, Hermann: Geschichte des Staates Israel 1. Entstehungsgeschichte: Die zionistische Bewegung (Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., Bd. 28), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 1997

📖 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Mit Vielfalt umgehen. Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung, Düsseldorf 2004

📖 Neifeind, Harald: Der Nahostkonflikt - historisch, politisch, literarisch (Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., Bd. 34), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2002

📖 Sfar, Joann: Die Katze des Rabbiners. 1. Die Bar-Mizwa, Berlin: avant-verlag, 2004

📖 Sfar, Joann: Die Katze des Rabbiners. 2. Malka, der Herr der Löwen, Berlin: avant-verlag, 2004

📖 Uhl, Katrin/Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (Hg.): Evaluation politischer Bildung. Ist Wirkung messbar?, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2004

Nachrichten

Internationales Antirassismusprojekt

Die evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen (esw) führt ein antirassistisches Begegnungsprojekt mit verschiedenen PartnerInnen in Osteuropa durch. Im Rahmen des Projekts soll den Jugendlichen Respekt vor Unterschiedlichkeiten und gleichzeitig Verständnis für Gemeinsamkeiten vermittelt sowie über Migration und Rassismus diskutiert werden. Im Rahmen von Workshops und Diskussionen setzen sich die Jugendlichen kreativ mit den Fragestellungen auseinander. Bislang fanden zwei internationale Begegnungen im April und August 2004 statt. Weitere Begegnungen sind für Dezember 2004 und April 2005 geplant.

Informationen: Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen (BK) e. V., Ergster Weg 59, 58093 Hagen, Tel: 0 23 34 / 9 61 00
renzing@esw-berchum.de www.esw-berchum.de/

Antirassismusbildung

Die evangelische Jugend Köln im Jugendpfarramt Köln hat ein Projekt gestartet, in dem sie gemeinsam mit Jugendlichen verschiedene Aspekte des Rechtsextremismus aufbereitet. Die Projektergebnisse sollen u. a. in Form von Arbeitshilfen, Videos und einer Bibliothek in einem Anhänger präsentiert werden, der anschließend für weitere Aktionen mit Jugendlichen eingesetzt werden soll. Informationen: Evangelisches Jugendpfarramt Köln, Herr Jörn Ruchmann, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln, Tel: 02 11 / 93 18 01-12
ruchmann@freenet.de , www.jupf.de

„Ring frei – für Vielfalt“ Neue Arbeitshilfe

Der Landesjugendring Baden-Württemberg hat eine neue Broschüre zur Interkulturellen Jugendarbeit herausgegeben. Sie wendet sich an Jugendverbände, Jugendringe und MigrantInnenor-

organisationen sowie an MultiplikatorInnen der Jugendarbeit. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser in die Strukturen der Jugendarbeit zu integrieren. Schwerpunkt der Arbeitshilfe ist die Interkulturelle Öffnung der Jugendorganisationen, die aus theoretischer wie praktischer Perspektive beleuchtet wird. Eine online-Version mit ausführlicher Linkliste ist auf der Homepage des LJR vorhanden. Auch IDA e. V. beteiligte sich durch Fachbeiträge an der Broschüre.

Informationen: Landesjugendring Baden-Württemberg, Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart, Tel: 07 11 / 1 64 47 13, www.ljrbw.de/

Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2005

Jugendliche ab 15 Jahren, Schulklassen und Vereine können ab sofort ihre Wettbewerbsbeiträge für den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2005 einreichen. Ob Reportage, Dokumentation, Wandzeitung, Plakat, Interview, Theaterstück oder Gedicht, Website, Videoproduktion oder Songtext - die Teilnehmer können die Form ihres Wettbewerbsbeitrags frei wählen. Zum fünften Mal richten die Dresdner Bank, das ZDF und das Bündnis für Demokratie und Toleranz den Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb aus, an dem sich in den vergangenen Jahren fast 60.000 Jugendliche beteiligt haben. Eine mit Politikern, Unternehmern, Medienleuten und Künstlern besetzte Jury prüft die bis zum 31. März 2005 eingereichten Beiträge. Die Preisverleihung findet Anfang Juni 2005 in Berlin statt.

www.victor-klemperer-wettbewerb.de

Termine

Selbstreflexiver Dialog: Wege zu einer geschlechtergerechten Antirassismusbearbeitung in internationalen Jugendbegegnungen

Termin: 21.-23. Januar 2005

Ort: Intern. Jugendforum im CJD, Bonn

Informationen: IDA e. V., Birgit Jagusch, Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55 62, info@idaev.de

Antisemitismus heute - die neue Normalität

Termin: 18.-19. Februar 2005

Ort: Interreligiöses Zentrum Jerusalemkirche, Berlin

Informationen: Jüdisches Museum Berlin, Sarah Hiron, Tel: 0 30 / 25 99 33 43, s.hiron@jmberlin.de